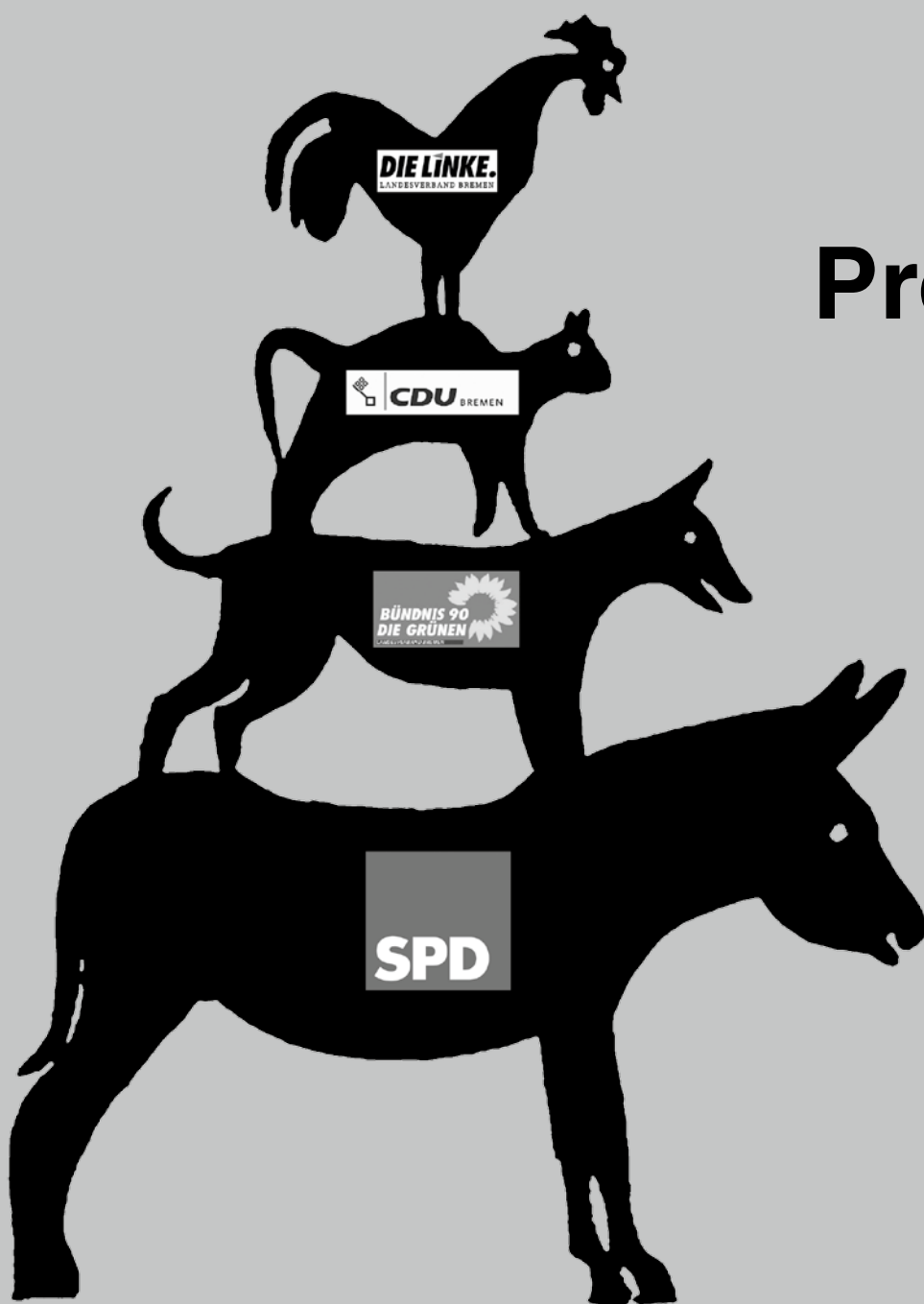


BLZ

Zeitschrift
der Gewerkschaft
**Erziehung und
Wissenschaft**
Bremen
03/04-2015
März/April

MEHR GELD FÜR BILDUNG!

Die
Programme
der
Parteien



Bürgerschaftswahl im Mai

GEW/

■ Das Ausmaß an positiver Resonanz war überraschend: Die Schüler- und Stadtteilzeitung 'heimatlos', ein Projekt des Gymnasiums Links der Weser, bekam beim Schülerzeitungswettbewerb mehrere Preise, wurde unter anderem vom Präsidenten der Bürgerschaft eingeladen. »Es sei keine Selbstverständlichkeit, dass »Schule auf diese Weise auf gesellschaftspolitische Entwicklungen reagiert«, stelle der Weserkurier fest. Richtig!

Die Nische »heimatlos« muss erhalten bleiben

Dr. Jens Winter



Dr. Jens Winter
und die Redaktion

Die Resonanz für »heimatlos« steht im eigentümlichen Kontrast zur bildungspolitischen Praxis, die Räume für solche Projekte seit langem beschneidet. Die Forderung nach politischer Bildung entpuppt sich zumeist als leere Worthülse, die keinen nachhaltigen Niederschlag in der Praxis erfährt. Im Gegenteil: Als Ziel scheint eine pragmatische, immer mehr verwertungsorientierte Ausbildung vorzuherrschen, mit der junge Menschen für den Markt in einer wachstums- und wettbewerbsbeherrschten sozialen Umwelt fit gemacht werden sollen. Gleichzeitig übersieht die Suggestion, dies wäre für den gesellschaftlichen Wohlstand das Beste, dass es in der globalisierten Welt noch weit mehr Gesellschaften gibt als unsere: Etwa Griechenland oder Länder aus dem subsaharischen Afrika, aus denen viele Menschen nicht zuletzt aufgrund einer aggressiven Wirtschaftspolitik fliehen, verdursten, ertrinken.

Umfassende kritische Bildung – das ist Insidern bewusst – wird in der Regel als unnützer Ballast für das Überleben in diesem individualistischen und nationalistischen Wettbewerb betrachtet. Dem entspricht konkret in Bremen, dass im achtjährigen Gymnasium bei teilweise 36 Pflichtwochenstunden kaum Zeit für anderes bleibt. Politik als Fach wird erstmalig einstündig in der 9. Klasse unterrichtet. In der Oberstufe sind vor allem Kernfächer und naturwissenschaftlich-technische Fächer (selten interdisziplinär bzw. projektorientiert) im Fokus. Und nicht zu vergessen: Die ständig wachsende Arbeitsbelastung für KollegInnen bei wachsenden Gruppengrößen. Die Aufhebung der Obergrenze in der Einführungsphase, Kurse mit weit mehr als 30 SchülerInnen, ist nur die Spitze des Eisbergs. Hochachtung vor all denen, die trotzdem hervorragenden Unterricht (und mehr) machen und sich ihre Motivation nicht nehmen lassen. Diese Entwicklung der Schullandschaft ist sicher durch die Bremer Haushaltslage mitbedingt. Letztlich ist sie aber politisch durchgesetzt und auch gewollt. In den Hochschulen setzt sie sich weitgehend ungebrochen fort.

Selbstverständlich ist auch dieses »Fit-Machen« wichtig und für das Überleben in der Gesellschaft grundlegend. Für umfassend kritisches Denken und Handeln ist es der Ausgangs- und Bezugspunkt. Dieses bleibt aber hier nicht stehen, sondern hat zuvorderst zum Ziel, der Gesellschaft den Spiegel vorzuhalten; etwa die permanente Verletzung der stets wie ein heiliges Banner voran getragenen Menschenrechte offen zu legen. Und zu zeigen, wie konkrete Interessen, Machtverhältnisse und die ökonomische Verfasstheit des Wettbewerbs- und Wachstumszwangs eben gerade deren Durchsetzung alltäglich verhindern. Beides, Anspruch und Wirklichkeit, das weite Feld hinter dem Schleier des oft heuchlerischen oder nur naiven Menschenrechtsgeredes sollten junge Menschen erahnen dürfen. Sie sollten darin bestärkt werden, sich um dieses Denken zu bemühen, zu hinterfragen, gegen den Strich zu bürsten.

Kritisches Denken ist aber gegenwärtig – wenn überhaupt – nur zweitrangig. Noch mehr: Ein oberflächliches Kritikverständnis entkernt nicht selten den Begriff der Kritik selbst. Auch »heimatlos« wurde ja nicht nur gelobt. Es gab Stimmen, die den »unkritischen« Fokus der Zeitung bemängelten. Sie erwähne mit keinem Wort »Wirtschaftsflüchtlinge«, »kriminelle« Flüchtlinge, sogenannte Sozialleistungsabsahner. Dabei ist es doch eine läppische Selbstverständlichkeit, dass Flüchtlinge nicht per se »nette« Menschen sind, weil sie Flüchtlinge sind. Doch der Fokussierung dieser Binsenwahrheit geht all zu leicht der verallgemeinernde Zeigefinger einher. Und eben dies ist der Ausgangspunkt für primitiven Populismus. Zum Glück konnten diese Stimmen, nach denen wohl – bei genauer Analyse – ein großer Teil der Mittelmeertoten aus dem Süden Afrikas als »Wirtschaftsflüchtlinge« bezeichnet würden, sich dieses Mal nicht durchsetzen.

Machen wir uns nichts vor: Die Auszeichnungen für »heimatlos« dürften einer Mischung vergleichbarer und authentischer Problemdeutungen aber wohl auch einem diffussem Unwohlsein geschuldet sein, welches noch eine vage Erinnerung an Konzepte kritischer Bildung hat. Kurzum, »heimatlos« hat Glück gehabt, geneigte Juroren, Pegida-Hektik, geglücktes Sponsoring, verlässliche Kooperationspartner und eine unübliche Schulstruktur, die innerhalb des engen Ausbildungskorsetts etwas Raum für Engagement lässt. Eine grundlegende Veränderung der wirklichen bildungspolitischen Beschränkung ist nicht in Sicht. Umso wichtiger ist es, Räume für derartige Nischenprojekte wie »heimatlos« zu erhalten bzw. zu erkämpfen.

Stadtteilzeitung »heimatlos« in Kurzform:

Autor/innen: Schüler/innen des
Projektes »Menschenrechte« am
Gymnasium Links der Weser
Layout: Team Nawrot
Auflage: 10.000 Exemplare
Weitere Infos: <http://www.320.schule.bremen.de/start.html>

Manchmal hofft man ja, dass die öffentlich-rechtlichen Medien etwas über dem Niveau der BILD-Zeitung bleiben. Manchmal wird man enttäuscht, manchmal nicht. Herr Rolf-Dieter Krause, Korrespondent der ARD in Brüssel, ließ es sich am 17. Februar nicht nehmen, auf dem Höhepunkt der Finanzverhandlungen zwischen der neuen griechischen Regierung und den von Deutschland dominierten EU-Institutionen seiner BILD-Mentalität freien Lauf zu lassen: »Wieso eigentlich sollen die Aldi-Kassiererinnen und Realschullehrer, also die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, mit ihren Steuern dafür einstehen, dass Griechenlands aufgeblähter Beamtenapparat noch weiter vergrößert wird? ... Für das Vertrauen in den Euro ist nicht die Anwesenheit Griechenlands wichtig, sondern dass die Regeln gelten, die für ihn vereinbart wurden.«

Dagegen kommentierte zwei Tage später im mdr der Kabarettist Georg Schramm: »Das Geld ist ja bei den Griechen gar nicht angekommen, sondern die Banken sind gerettet worden. Das ist das ganze System, nur sagt man es nicht... Und von den Griechen verlangt man, dass sie das Spiel mitspielen... Der Krieg Reich gegen Arm hat eigentlich Elemente eines Drogenkrieges: Sie überschwemmen Länder mit billigem Geld, und wenn die dann nicht mehr zahlen können, kommt das Inkasso-Unternehmen und holt alles aus dem Land, was noch halbwegs zu Geld zu machen ist: Rentenkasse, Eisenbahn, Versicherungen und was noch so übrig ist. Und was man nicht zu Geld machen kann, das dürfen sie behalten: Gesundheitswesen usw. Die Länder werden auf kalten Entzug gesetzt.«

In dem von vielen Medien (zum Teil auch vom Weser-Kurier) erzeugten Klima aufgeheizter Meinungsmache war der von den Gewerkschaftsvorsitzenden und vielen WissenschaftlerInnen veröffentlichte Aufruf »Griechenland nach der Wahl – eine Chance für Europa« eine wichtige Gegenstimme. Er ist in diesem Heft auf S. 30 nachzulesen. j.b.

In-Team

Auch die Redaktion der BLZ hat sich an der 1. Bremer GEW-ZEB-Stunksitzung des Rosenmontag beteiligt. Auf der Bühne mit satirischen Beiträgen, im Publikum mit Applaus und Pappnase, im Bett fiebernd mit roter Grip-penase...! Gewerkschaftsarbeit, Redaktionsarbeit und Humor, das passt auch zusammen. Denn wer über Bildungspolitik nicht mehr lachen kann, den können wir nicht ernst nehmen. Ahoi und Tusch drüber!

Planung

**Heft 03/04-2015: Sozialarbeit
Redaktionsschluss: 11. Mai 2015**

Impressum:
BLZ Landesverband
Bremen der GEW
Bahnhofplatz 22-28
28195 Bremen
Tel. 0421-337 64-0
Fax 337 64 30
blz@gew-hb.de
http://www.gew-bremen.de
http://www.gew-bremerhaven.de
Geschäftszeiten:
Mo-Do 8.00-12.30 Uhr
und von 13.00-16.00 Uhr
Fr 8-14 Uhr
Redaktion:
Jürgen Burger
Tel.: 0421-7 11 53
burger@gew-hb.de

Ingrid Emmenecker
Tel./Fax: 0421-70 12 66
ingrid_emmenecker@web.de

Karsten Krüger
Tel.: 0421-794 22 25
kruega@aol.com

Wilfried Meyer
Tel. 0170-295 3984
wilfmey@t-online.de

»Termine und Hinweise«:
Ferdinand Berghorn
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421-494 03 33
Georg_Berghorn@t-online.de

Mitarbeit:
Jan Ströh

Titelblatt:
Dr. Matthias Duderstadt
Tel.: 0421-70 16 92

Korrektur:
Gerhild Fiege

Herausgeber:
Landesverband Bremen der GEW

Verlag:
Geffken & Köllner
Druck- und Verlagsgesellschaft
Sedanstrasse 87/89
28201 Bremen
Tel. 0421-55 70 8-0
Fax 55 70 8-22
ISDN (Leonardo): 55 70 8-21

Anzeigen:
AWB Anzeigen Werbung Berghorn
Loignystr. 27
28211 Bremen
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421- 494 03 33
Mobil: 01 79-706 59 72
Georg_Berghorn@t-online.de
Z.Zt. gültige
Anzeigenpreisliste Nr. 16
vom 01.01.2010
Anzeigenschluss:
Am 30. des Vormonats

Der Bezugspreis der Bremer Lehrerzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,- € zuzüglich Zustell-gebühr inkl. Mwst. Die mit dem Namen der VerfasserInnen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion

Bildung – Politik – Gesellschaft

- **24 Fachtag Inklusion**

- **26 Fachtag »Vielfalt bildet«**
P. Lichtenberg

- **28 Jugendberufsagentur**
K. Krüger

- **29 Bildungskarneval in Bremen und Bremerhaven**

- **30 Griechenland nach der Wahl**

Bürgerschaftswahl im Mai

- **7 Vorwort**
J. Burger

- **8 Die Kosten der Bildung**
J. Burger

- **11 Durchwursteln als Prinzip**
R. Hickel

- **12 Bremen in der Armutsabwärtsspirale**
K. Krüger

- **14 Die Antworten der Parteien**
Teil 1

- **18 Leiharbeit an Schulen**
B. Berger

- **19 Die Antworten der Parteien**
Teil 2

- **20 Wie Bremen seine Hochschulen kaputt spart**
J. Bock

- **22 Die Antworten der Parteien**
Teil 3

Rubriken

- **2 Die Nische »heimatlos«**
J. Winkler

- **4 Landesvorstand**

- **31 Gratulationen**

- **32 Buchtipps**

- **34 Frischluft**

- **34 Leserbriefe**

- **35 Hinweise**

- **36 Termine**

Pädagogische Woche Bremerhaven: »Der urbane Alltag wird zu einem Fußabdruck globalgesellschaftlicher Wirklichkeit«

■ Das sagt Prof. Wolf-Dietrich Bukow. In seinem Eröffnungsreferat zur 31. Pädagogischen Woche in Bremerhaven wird er sich dieser These widmen und herausarbeiten, warum die Entwicklung einer Stadt einem »integralen Konzept« verpflichtet sein muss. Er betrachtet die Veränderung von Stadtgesellschaften und fordert deren Neuausrichtung: Eine Stadtgesellschaft müsse sich darüber klar werden, was es bedeutet, wenn die Bevölkerung zunehmend »vielfältiger« werde und dies den Alltag prägt.

Bukow trifft dabei am 4. Mai 2015, dem Eröffnungstag, auf eine Stadt, die ohne Migration, wirtschaftlichen Wandel und Internationalität überhaupt nicht denkbar wäre. Über Bremerhaven sind im Laufe der Jahre 7,2 Mio. Menschen ausgewandert, am Kaiserhafen hielt Kaiser Wilhelm 1900 seine unsägliche »Hunnenrede« zur Niederschlagung des Boxeraufstandes, nach dem 2. Weltkrieg prägten »die Amerikaner« (mit einer kurzen Stippvisite von Elvis 1958) das Stadtbild und in Folge der Arbeitsmigration trugen italienisches Eis und chinesische Küche zu Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem bei. Heute sind der türkische Stand auf dem

Wochenmarkt selbstverständlich, ebenso wie der portugiesische Bäcker und die Eishockey- und Basketballprofis aus Canada, Kasachstan, Tschechien oder Israel.

Zum Erscheinungsbild Bremerhavens gehört allerdings auch die Präsenz rechter Parteien in der Stadtverordnetenversammlung seit 1987. Initiativen in der Stadt stellen sich dagegen, jüngst fand eine Kundgebung für eine »demokratische und weltoffene Gesellschaft« statt. Und Schlagzeilen macht die Stadt immer wieder, wenn Armut in Deutschland untersucht wird: 32,6 % der Bremerhavenerinnen und Bremerhavener sind einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zufolge arm (das ist Platz 1 unter allen Städten), mehr als 38 % der Kinder bis 15 Jahren leben in Armut.

Was passt hier nicht zusammen? Zumindest Anregungen zum Nachdenken müssen nicht nur erlaubt sein, sondern sollen die o. g. »Neuausrichtung« der Stadtgesellschaft unterstützen. Und »Vielfalt« ist heute mehr als das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern. »Bildung« wird darin weiterhin eine beachtliche Rolle spielen. Um Prof. Bukow nochmals aufzunehmen: Für die Schulen muss diskutiert werden, was es bedeutet, »wenn die Bildungslandschaft selbst zum Fußabdruck globalgesellschaftlicher Wirklichkeit wird«. In den Veranstaltungen der Pädagogischen Woche werden deshalb verschiedene

Aspekte dieser Thematik untersucht, wie zum Beispiel »jung, deutsch und muslimisch« im Sinne einer neuen »Sichtbarkeit von Religion«. Hinterfragt wird die Situation von Kindern und Jugendlichen, die auf Grund traumatisierender Erfahrungen durch unangepasstes Verhalten auffallen oder von solchen, deren Wahrnehmungs- und Kommunikationsformen wegen einer geistigen Behinderung bekanntgemacht werden müssen. Ebenso geht es um sexuelle Orientierung und Identität, eine geschlechtersensible Schulentwicklung und Auswirkungen von Diskriminierung unter besonderer Berücksichtigung von Sinti und Roma. Die Behandlung dieser unterschiedlichen Gesichtspunkte soll dazu beitragen, »ein Gefühl für diese Stadt zu bekommen«, wie es in einem der Ankündigungstexte für einen Workshop heißt. Die Stadtgesellschaft ist in Bewegung; verschieden wie sie ist, sollen Gemeinsamkeiten gefunden werden im Sinne einer wachsenden Solidarität. Das sind Ansprüche an eine ganz normale Stadt.

gemeinsam. verschieden.

Eine ganz normale Stadt

31. Pädagogische Woche

in Bremerhaven

vom 4. bis 7. Mai 2015

Flyer beachten!

Bernd Winkelmann
GEW-Landesvorstandssprecher

»Inklusive Schule – und jetzt? Wie geht es weiter mit der Inklusion in Bremen?«

■ Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) veranstaltet zusammen mit dem Verband Sonderpädagogik (vds), Landesverband Bremen e.V. eine Podiumsdiskussion

am **Mittwoch, den 15. April 2015 um 19:00 Uhr im Konsul-Hackfeld-Haus**
Teilnehmer*innen der Podiumsdiskussion werden sein:

Dr. Joachim Steinbrück
(Landesbehindertenbeauftragter und VertreterInnen der Bürgerschaftsparteien,
SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke

Erster Mai 2015 GEW-FRÜHSTÜCK

Ab 9 Uhr
Bürgerhaus Weserterrassen
danach **Sammeln für die 1. Mai Demo**

Bitte anmelden bis zum
Dienstag 28. April 2015
Kostenbeitrag: 2 Euro

»Nach dem Streik ist vor dem Streik«

■ Bei Drucklegung dieser BLZ war die Tarifeinwanderung im Öffentlichen Dienst der Länder noch in vollem Gange. Wir können also nur über die ersten Aktionen berichten:

Rund 150 Streikende wurden am 3. März auf Personalversammlung der Lehrkräfte an Bremer Schulen im Schlachthof begrüßt. Die mehr als 600 anwesenden PädagogInnen unterstützten die Tarifforderungen der Gewerkschaften. Nach der Personalversammlung zogen 250 Lehrkräfte zur Finanzbehörde. Dort machte GEW Landesvorstandssprecher Christian Gloede deutlich: »Wir erwarten nun endlich ein verhandlungsfähiges Angebot in Sachen Gehalt und Entgeltordnung. Die Tarifbeschäftigten im Bereich der Bremischen Schulen (angestellte Lehrkräfte, Verwaltungskräfte, pädagogische MitarbeiterInnen und SchulsozialarbeiterInnen) haben deutlich gemacht, dass Eingriffe in die Betriebsrente nicht verhandelbar sind. Dieser Erpressungsversuch der Arbeitgeber wird entschieden zurückgewiesen.«

Mit Blick auf Bremen führte Gloede aus: »Es ist bildungs- und sozialpolitisch skandalös, dass angesichts höchst unzureichender Ressourcen in

Bildung, Soziales und Gesundheit ein sog. Sicherheitsabstand zur erlaubten Schuldengrenze von 177 Mio. Euro von Frau Linnert als Erfolg gefeiert wird. Gleichzeitig wird die Steuereinnahmeerwartung um 60 Mio. Euro übertroffen. Hier entpuppt sich Bildungspolitik als Erfüllungsgehilfe einer restriktiven Finanzpolitik. Das macht die KollegInnen sauer!« Bundesweit beteiligten sich über 5000 Lehrkräfte an den ersten Warnstreiks. Nach dem gelungenen Auftakt der Tarif- und Besoldungsrunde wird die GEW für den 12. März weitere Beschäftigtengruppen zum Streik aufrufen. So sollen auch Hochschulbeschäftigte, weitere Beschäftigtengruppen an den Bremer Schulen und

die Angestellten an den Bremerhavener Schulen streiken.

Schon am Donnerstag d. 26. Februar hatten mehr als 400 pädagogisch Beschäftigte an Bremer Schulen einmütig einen Antrag verabschiedet, der die Senatorin für Bildung, Eva Quandt-Brandt, aufforderte Leiharbeitsverhältnisse zu beenden und die MitarbeiterInnen endlich bei der Bildungsbehörde zu beschäftigen, damit eine tarifliche Bezahlung und entsprechende Rechte gelten. Gleichzeitig unterstützten die TeilnehmerInnen der Personalversammlung die gewerkschaftlichen Forderungen in der laufenden Tarifrunde nach 5,5% mehr Lohn und Abbau der sachgrundlosen Befristungen. »Leiharbeit ist großer Stuss – Eva, mach jetzt damit Schluss!« skandierten während eines anschließenden Demonstrationzuges mehr als 300 pädagogische MitarbeiterInnen und Assistenten.



Und so sieht das dann von innen aus:

■ »...Für morgen Donnerstag, 26.02.2015 ist in der Zeit ab ca. 11:30 - 13:00 Uhr eine kleine Demonstration im Rahmen der Tarifrunde für den Öffentlichen Dienst der Länder vom Schlachthof zur Finanzbehörde angekündigt. Im Rahmen dieser Demonstration ist eine kurze Zwischenkundgebung vor unserer Behörde am Rembertiring vorgesehen. Erwartet werden ca. 300 Teilnehmer, die von einem Lautsprecherwagen begleitet werden. Das Betreten und Verlassen des Gebäudes ist in dieser Zeit nur einge-

schränkt möglich. Alle Nebenausgänge dürfen nicht genutzt werden. Es kann aus Sicherheitsgründen erforderlich sein, den Haupteingang auch zeitweise zu schließen. Den Anweisungen der Polizei sowie den in diesem Haus beauftragten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Servicebereichs ist bitte Folge zu leisten. Bitte planen Sie im Hinblick auf Ihre dienstlichen Vorhaben diese Hindernisse ein und informieren Sie evtl. zu erwartende Besucher und Besucherinnen...

Freie Hansestadt Bremen
Senatorin für Bildung und Wissenschaft«
(Aus einem Rundschreiben der Bildungsbehörde vom 25.02.)



■ Sechs Jahre Erfahrungen in der Oberschule und fünf Jahre Inklusionsprozess liegen hinter uns. In diesem Schuljahr werden an den Oberschulen die ersten Abschlüsse vergeben.

Eine begleitende wissenschaftliche Koordinierung und Evaluation der Oberschulentwicklung hat für die Schulen nicht stattgefunden. Deshalb ist der regelmäßige Austausch über die durchaus unterschiedlichen Entwicklungen umso wichtiger.

6. Bremer Oberschultag von GEW und GGG

Dienstag, 23. Juni 2015
9.00 bis 16.00 Uhr
Konsul-Hackfeld-Haus Bremen,
Birkenstraße 34

Nach sechs Jahren wollen wir diskutieren, wie sich die von uns am Anfang formulierten Erwartungen erfüllt haben. Vielfach haben wir im Prozess des Oberschulaufbaus unsere Planungen verändert. Materielle Unterstützungen mit Stundenzuweisungen sind reduziert worden oder ganz weggefallen.

Programm:

- 9.00 Uhr Podiumsdiskussion**
»Sechs Jahre Oberschule: Haben sich die Erwartungen erfüllt?«
mit beteiligten Lehrkräften und Schulleitungen,
Behörde sowie ZEB
- 10.45 Uhr Arbeitsgruppen:**
- Ganztagsoberschule
 - Schulkultur in der Oberschule
 - Soziale Arbeit in der Oberschule
 - Berufsorientierung in der Oberschule
 - Theatrale Formen in der Arbeit mit
Schwerpunktklassen Inklusion
 - Verschiedene Formen von Lernentwicklungsberichten
 - Oberstufen an Oberschulen
- 12.45 Uhr Mittagspause im Restaurant Tendüre**
- 14.00 Uhr Kurzvortrag aus der Praxis:**
Arbeit an der Neuen Oberschule Gröpelingen
- 14.30 Uhr Fish-Bowl-Diskussion***
Perspektiven der Schulentwicklung an der Oberschule –
Was muss sich ändern?
- 16.00 Uhr Ende der Veranstaltung**

* *Fishbowl* ist eine Methode der Diskussionsführung in großen Gruppen. Bei einer kreisförmigen Sitzordnung diskutiert zunächst eine kleine Gruppe von Teilnehmern im Innenkreis, während die übrigen Teilnehmer im Außenkreis die Diskussion beobachten und später – mit einem Sitzwechsel – in die Diskussion einsteigen können.

GEW-Landesschieds- kommission trifft Entscheidung

»Gewerkschaftsschädigendes Verhalten«: GEW-Ausschluss von Martin Korol

■ Durch herabwürdigende und polemisierende Äußerungen gegenüber Sinti und Roma und »Fremden« im Allgemeinen hat Martin Korol der Gewerkschaft geschadet, befand die Landesschiedskommission der GEW. Zudem habe er durch seine Forderung als Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, das Bremische Personalvertretungsgesetz abzuschaffen, eine arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindliche Position eingenommen.

Der Landesvorstand der GEW Bremen hatte nach langer Diskussion und eingehender Prüfung im Juni vergangenen Jahres den Gewerkschaftsausschluss von Martin Korol beantragt. Hintergrund waren einerseits öffentlich bekannt gewordene diskriminierende Äußerungen auf seiner Homepage und andererseits sein Eintreten für die »Bürger in Wut« (BIW), deren Programmatik etwa in Fragen der Bildung und der Arbeitnehmerrechte völlig konträr zu den satzungsmäßigen Zielen und den Positionen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist. Äußerungen von Martin Korol etwa über Sinti und Roma, »die sozial und intellektuell noch im Mittelalter leben« und deren »Männer keine Hemmungen haben, die Kinder zum Anschaffen statt zur Schule zu schicken«, wurden nach seinem Nachrü-

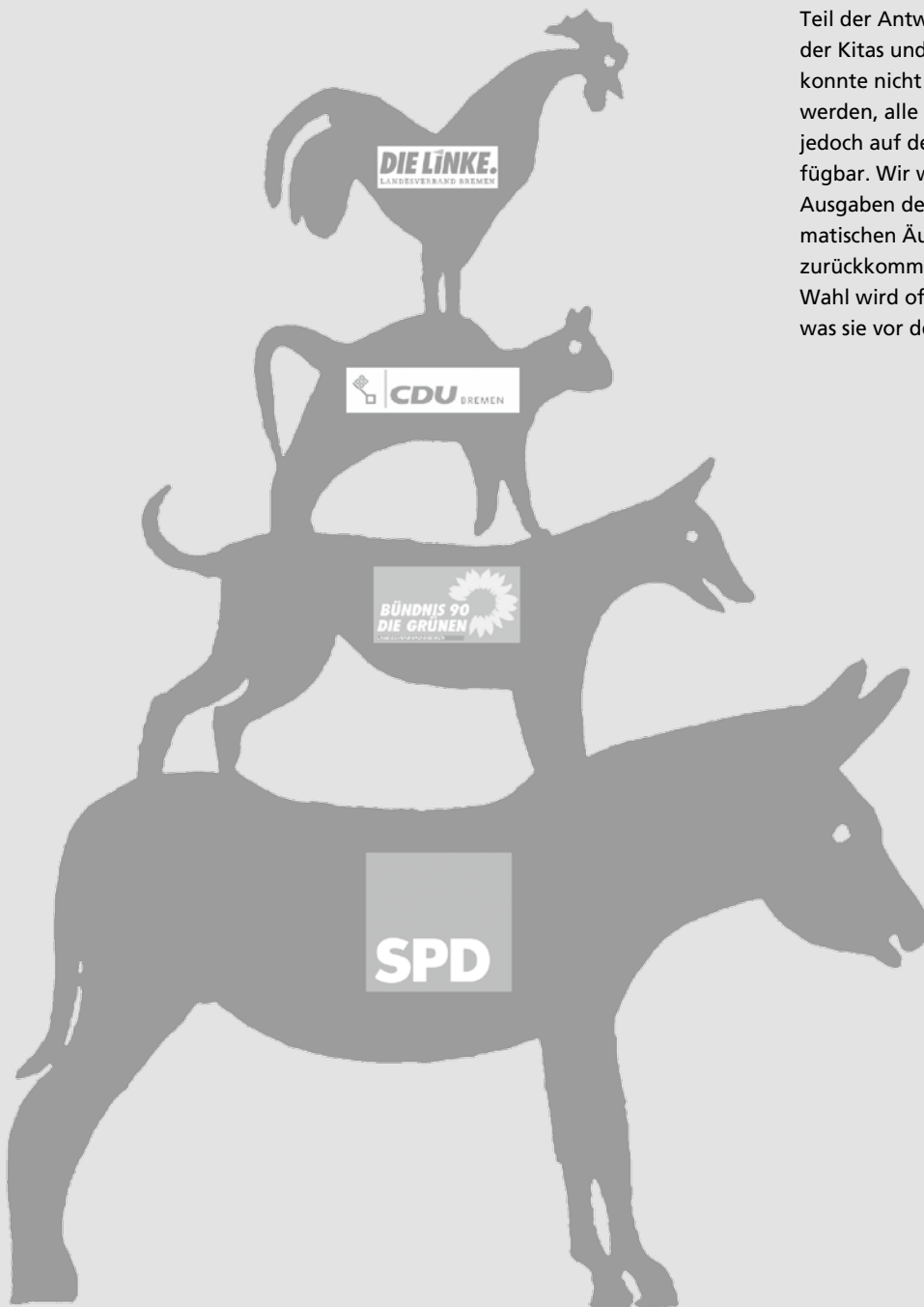
cken in die Bremische Bürgerschaft im Jahr 2013 Gegenstand öffentlicher Debatte. Nach dem Ausschluss aus der SPD-Fraktion und der SPD behielt Korol sein Bürgerschaftsmandat und trat im Oktober 2013 den »Bürgern in Wut« bei. Die Landesschiedskommission erkannte mehrheitlich »gewerkschaftsschädigendes Verhalten«. Ein zweites Argument, die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in seiner Partei mit einer GEW-Mitgliedschaft, wurde aus formalen Gründen verworfen. Gegen den Beschluss der Schiedskommission kann innerhalb von sechs Wochen bei der Bundesschiedskommission der GEW Berufung eingelegt werden.

Mehr Geld für Bildung! Bürgerschaftswahl im Mai

■ Der Bremer Gewerkschaftstag der GEW hat im letzten November unter dem Titel »Bessere Arbeitsbedingungen – Bedarfsgerechte Bildungsfinanzierung – Für ein hochwertiges demokratisches Bildungswesen«

Forderungen zur Wahl verabschiedet und den Bürgerschaftsparteien zur Stellungnahme geschickt. Hierzu sind umfangreiche Antworten eingegangen, die wir in diesem Heft thematisch gegliedert dokumentieren. Vorausgeschickt haben wir der Dokumentation jeweils einige Artikel, die die Defizite und politischen Versäumnisse aufzeigen. Ein Teil der Antworten zu den Bereichen der Kitas und der Weiterbildung konnte nicht mehr aufgenommen werden, alle Stellungnahmen sind jedoch auf der GEW-Homepage verfügbar. Wir werden in den nächsten Ausgaben der BLZ auf die programmatischen Äußerungen der Parteien zurückkommen, denn nach der Wahl wird oft erst richtig interessant, was sie vor der Wahl gesagt haben.

Jürgen Burger



■ **Viele Einzelforderungen der GEW münden in die Forderung nach einer besseren Bildungsfinanzierung. Bildung ist in Bremen chronisch unterfinanziert. Wie hoch der zusätzliche Bedarf eigentlich ist, soll im Folgenden näher erläutert werden.**

Die Frage nach den Kriterien

In einer Diskussion über den Bildungsfinanzbedarf muss zunächst einmal geklärt werden, wie wir diesen Finanzbedarf definieren. Man kann ihn sehr unterschiedlich ableiten, abhängig vom jeweiligen Gesell-

Die Kosten der Bildung und die Haushaltslage Bremens

Jürgen Burger

schaftsverständnis. In einem neoliberalen Modell beschränkt sich der Staat auf eine schmale Grundbildung oder er gibt sogar nur Zuschüsse für Privatschulen. Alle weitere Bildung muss privat bezahlt werden. Wir kennen dieses Modell aus den USA, wo man für einen Uni-Abschluss entweder reiche Eltern haben muss oder am Ende seines Studiums meist hoch verschuldet ist.

Ein solches Modell ist bei uns vom Grundgesetz und der Landesverfassung nicht vorgesehen. Nach Art. 20 GG ist die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Bundesstaat, und laut Bremer Landesverfassung wird das Recht auf Bildung durch öffentliche Einrichtungen gesichert. Die Länder haben »Bildungsstandards« vereinbart, die verbindlich zu erreichen sind. Das bedeutet: Der Staat hat alle Bildungseinrichtungen (bis auf die betriebliche Weiterbildung) ausreichend zu finanzieren und sich die dafür notwendigen Mittel durch öffentliche Einnahmen zu beschaffen. Es geht in der politischen Debatte also vor allem um die Höhe und die Absicherung der öffentlichen Bildungsausgaben.

Mit diesen grundsätzlichen Vorgaben fängt die Suche nach den Kriterien jedoch erst an. Wie müssen die öffentlichen Einrichtungen ausgestattet sein, um vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Realitäten die vereinbarten Ziele zu erreichen? Brauchen wir in den sozialen Brennpunkten eine Schüler/Lehrer-Relation von 1:10 oder reicht eine von 1:20? Wie wird das Maß des Notwendigen ermittelt? Die Erfahrungswerte von Lehrkräften, SchülerInnen und Eltern sind hierfür eigentlich der verlässlichste Maßstab. Aber dieser Maßstab wird in der politischen Debatte nicht wirklich ernst genommen. Vielmehr werden Vergleiche angestellt, national und international, Vergleiche der Ausstattung, der sozialen Ausgangslagen und der erreichten formal messbaren Qualifikationen. Die Interpretationen dieser Vergleiche werden dann als politische Argumente verwendet. Man sollte dabei aber nicht vergessen, dass dies eigentlich nur ein Hilfsmittel ist und das maßgebliche Kriterium die Erfahrung in der Praxis bleibt.

Deutschland im internationalen Vergleich

Es ist inzwischen allgemein bekannt und seit dem Dresdener Bildungsgipfel von 2008 auch offiziell bestätigt, dass die deutschen Bildungsausgaben im internationalen Vergleich recht bescheiden ausfallen. Sie liegen weit unter dem OECD-Durchschnitt. Im letzten abschließend erhobenen Vergleichsjahr 2011 betragen die öffentlichen Ausgaben für Bildung in Deutschland 4,4% des BIP, im OECD- und auch im EU-Durchschnitt betragen sie 5,3%. Bund, Länder und Gemeinden gaben in Deutschland 2011 laut Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes 110 Mrd. Euro für Bildung aus. Es fehlten also ca. 22,5 Mrd. Euro, um auch nur den OECD- und EU-Durchschnitt zu erreichen. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Ausgaben bis 2014 auf 120,6 Mrd. € gestiegen. Hierzu gibt es jedoch noch keine internationalen Vergleichszahlen. Nach Auffassung des bildungspolitischen Sprechers der Grünen im Bundestag, Özcan Mutlu, sind aktu-

ell ca. 25 Mrd. Euro nötig, um den OECD-Durchschnitt zu erreichen. Aber wie schon gesagt sind diese Zahlen nur ein Hilfsmittel. Der einzige bisher vorgelegte Versuch, den Bedarf nicht aus Vergleichszahlen, sondern aus Ausstattungskennziffern zu ermitteln, war eine vom GEW-Hauptvorstand in Auftrag gegebene Studie mit dem Titel »Bildungsfinanzierung für das 21. Jahrhundert« von H. Piltz, die 2011 abgeschlossen wurde. Sie legte Kriterien zu Grunde, die jeweils im mittleren bis oberen Drittel der OECD-Ausstattungsvergleiche lagen, also z.B. 60% Ganztagsschulquote, maximale Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte von 25 Wochenstunden und eine SozialpädagogInnenstelle auf 150 SchülerInnen.

Auf Basis solcher Kriterien bezifferte die Studie einen Mehrbedarf von 57 Mrd. Euro für alle Bildungseinrichtungen in Deutschland, also für Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildung. Zur Erinnerung: Die Mehrkosten zur Erreichung der Ziele des Bildungsgipfels (7% des BIP als öffentliche und private Ausgaben für Bildung) wurden vom Statistischen Bundesamt 2009 mit 15 Mrd., von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik mit 45 Mrd. Euro jährlich beziffert. Die 2011 von der GEW genannte Zahl geht aufgrund einer Analyse des realen Bedarfs darüber hinaus.

Soviel zum generellen Mehrbedarf in Deutschland, der je nach Sichtweise zwischen 22,5 und 57 Mrd. Euro jährlich liegt. Bei einem Ausgangswert von 110 Mrd. Euro bedeutet dies, dass zwischen einem Fünftel und der Hälfte der aktuellen Ausgaben zusätzlich benötigt wird.

Die Lage in Bremen

Das Haushaltsportrait der Finanzsenatorin verzeichnete 2014 Ausgaben von 4,584 Mrd. Euro. Davon waren 612 Mio. Euro als Zinszahlungen veranschlagt. Nach Berechnung des Statistischen Bundesamtes summieren sich die öffentlichen Bildungsausgaben des Landes im selben Jahr auf 0,94 Mrd. Euro.

Öffentliche Ausgaben Bremens für Bildung 2014
(Tsd. €, Berechnung des Statistischen Bundesamtes)

Kindertageseinrichtungen	178224
Schulen	483292
Hochschulen	216488
Sonstiges Bildungswesen	19440
Jugendarbeit	13328
Schüler- und Studierendenförderung	33026
Summe	943798

Abbildung 1
Aus: Statistisches Bundesamt,
Bildungsfinanzbericht 2014,
Wiesbaden 2014, S. 130ff

Diese Zahl sagt uns zwar, dass Bremen 20,5% seines Haushalts für Bildung ausgibt, was 0,943 Mrd. aber im nationalen und internationalen Vergleich bedeuten, ist damit noch nicht geklärt. Dies ist auch nur über Umwege darzustellen, weil die internationale Bezugsgröße »% vom BIP« hier nicht angewendet werden kann. Die gesamtstaatlichen Einnahmen aus dem BIP werden je nach der Bevölkerungszahl und den Aufgaben auf die Bundesländer verteilt. Dabei wird die Einwohnerzahl der Stadtstaaten mit 135% berechnet. Dies trägt ihrer Funktion als Oberzentren ohne eigenes Umland und den daraus resultierenden besonderen Belastungen Rechnung. Mit dieser Einwohnerwertung erhöht sich der bremische Anteil an der bundesdeutschen Bevölkerung von 0,8% auf fiktive 1,08%.

Von den gesamtstaatlichen Bildungsausgaben von 120,6 Mrd. Euro entfielen auf die Länder und Gemeinden 112,4 Mrd. Nimmt man nun an, dass Bremen seiner Einwohnerwertung entsprechende Bildungsausgaben zu tätigen hat (was bei der oberzentralen Funktion der Universität und der Berufsschulen mehr als gerechtfertigt ist), so müsste es 1,21 Mrd. Euro für Bildung ausgeben. Mit 0,943 Mrd. wird dieses Volumen bei weitem nicht erreicht. Bremen müsste hiernach ca. 270 Mio. Euro mehr ausgeben. Bezieht man in die Bedarfsberechnung darüber hinaus ein, dass Bremen wie Deutschland insgesamt bei den öffentlichen Ausgaben für Bildung hinter dem OECD-Durchschnitt bleibt, so müsste eine Erhöhung um national mindestens 22,5 Mrd. Euro erfolgen. Der bremische Anteil daran

läge bei ca. 220 Mio. Euro. Zusammen mit dem Defizit gegenüber einem angemessenen Anteil an den derzeitigen nationalen Bildungsausgaben ergibt das ca. 490 Mio. Euro Mehrbedarf.

Bewegen wir uns vom dünnen Eis der statistischen Durchschnittswerte auf das Feld der Ausstattungsmerkmale, so wird dieses Ergebnis bestätigt. In der GEW-Studie von 2011 wurde dem Land Bremen ein Mehrbedarf von ca. 510 Mio. Euro bescheinigt, um mittlere bis gute Ausstattungsmerkmale im OECD-Vergleich zu erreichen.

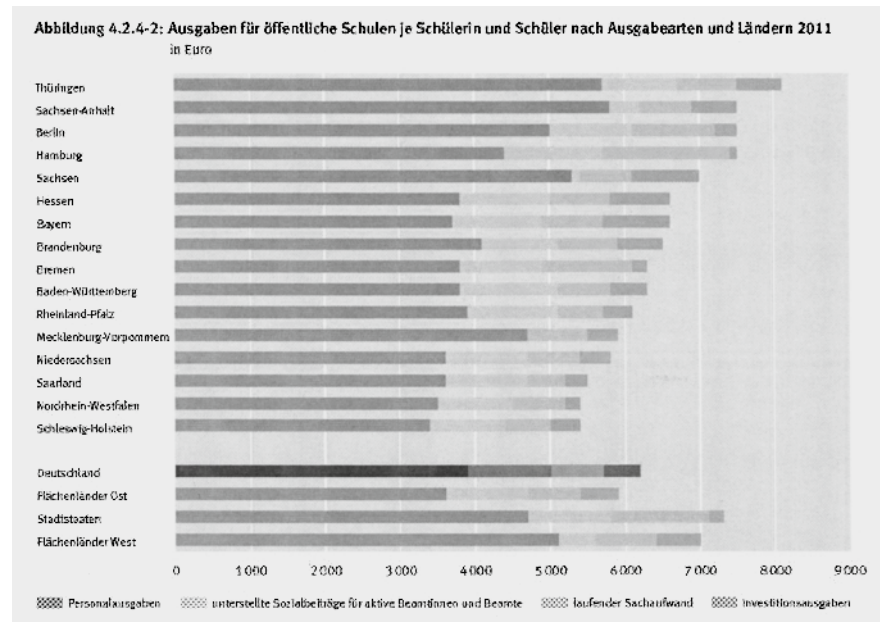
Die Unterfinanzierung der Bildung in Bremen ist im Bereich der Schulen besonders eklatant. Dies zeigt der Stadtstaatenvergleich des Statistischen Bundesamtes. Die öffentlichen Ausgaben pro SchülerIn an den öffentlichen Schulen betragen 2014 in Berlin und Hamburg 7400 Euro, in Bremen waren es nur 6300 Euro.

Abbildung 2
Aus: Statistisches Bundesamt,
Bildungsfinanzbericht 2014,
Wiesbaden 2014, S. 57

In Bezug auf die Bildungsfinanzierung befindet sich das Land in einem Teufelskreis. Bremen ist ein Bundesland mit extremen sozialen Gegensätzen: Einerseits der höchste Anteil von Hartz IV-Empfängern und Kindern mit Migrationshintergrund, andererseits das zweithöchste BIP pro Kopf und eine hohe Millionärsdichte. Die Großstadtreion Bremen reicht weit über die Landesgrenze hinaus, die gut verdienenden Mittelschichten wohnen zum Teil im niedersächsischen Umland, was die Konzentration von Problemen in der Kernstadt erhöht. Vor diesem Hintergrund waren die schlechten PISA-Ergebnisse keine so große Überraschung, auch wenn sie jahrelang durch die Medien gingen. Wer so viele soziale Probleme kompensieren muss, täte gut daran, besonders viel in die Bildung zu investieren. Zugleich ist Bremen aber als Stadtstaat ohne Umland besonders hoch verschuldet. Eine langfristig angelegte Politik müsste trotzdem die notwendigen Bildungsausgaben tätigen – als Investition in die zukünftige Fähigkeit, hochqualifizierte Arbeit zu leisten und als Beitrag zum sozialen Zusammenhalt. Aber genau das wird dem Land durch die Schuldenbremse und die Unterschrift unter die Sanierungsvereinbarung verwehrt. Der sogenannte Sanierungspfad führt zum einer immer stärkeren Ausdünnung des sozialen Netzes.

Dies wird im Bereich der Schulen besonders deutlich: Die Große Koalition hatte die Zahl der LehrerInnen-

Quellen:
OECD (2014):
Education at a Glance
2014: OECD Indicators,
OECD Publishing
Statistisches Bundesamt:
Bildungsfinanzbericht
2014, Wiesbaden 2014
STATISTISCHE
VERÖFFENTLICHUNGEN
DER KULTUSMINISTER-
KONFERENZ, Dokumen-
tation Nr. 206 –
Januar 2015:
Schüler, Klassen,
Lehrer und Absolventen
der Schulen
2004 bis 2013
Rechnungshof
Bremen: Jahresbericht
2012 - Stadt



stellen in der Stadtgemeinde Bremen bei damals steigender SchülerInnenzahl von ca. 5100 auf ca. 4400 zusammengekürzt. Dies führte zu einer solchen Verschlechterung der Schüler/Lehrer-Relation, dass Bremen weit hinter den anderen Stadtstaaten und auch hinter dem Bundesdurchschnitt zurückblieb.

Schüler/Lehrer-Relationen 2013
Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Stadtstaaten	
Berlin	14,4
Bremen	15,5
Hamburg	14,2
Bundesdurchschnitt	14,8

Abbildung 3
Aus: STATISTISCHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER KULTUSMINISTERKONFERENZ, Dokumentation Nr. 206 – Januar 2015: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2004 bis 2013, S. 66

2007 wurde der Stellenabbau von der neuen Regierung zwar vorläufig beendet, aber gleichzeitig wurden in grober Verkennung der schwierigen Ausgangslage neue große Projekte mit erheblichem Personalbedarf beschlossen, insbesondere der Neuaufbau der Oberschule und die Einführung der Inklusion als erstes Bundesland, ohne die dafür notwendigen Neueinstellungen einzuplanen. Diese Projekte sind bis heute viel zu gering ausgestattet. Der Landesrechnungshof hat das 2012 in einem Bericht dokumentiert, der vom Senat aber ignoriert wurde. Hiernach benötigen die Schulen allein zur Absicherung der Inklusion und Entwicklung der Oberschule jährlich mindestens 20 Mio. Euro mehr.

Wie soll es weitergehen?

Wenn wir uns nun die Wahlprogramme der Regierungsparteien ansehen, so wird wiederum auf die grundlegende Unterfinanzierung des Bildungsbereichs nicht eingegangen. Vielmehr werden neue Großprojekte angekündigt, wie die flächendeckende Einführung der Ganztagschule im Grundschulbereich. Gleichzeitig wird der finanzpolitische Kurs bekräftigt, der rigide Haushaltskürzungen beinhaltet. Wir fragen: Wie soll das zusammen gehen?

SPD, Grüne und CDU haben vor kurzem die Schuldenbremse in die Verfassung geschrieben. An alle Parteien ist die Frage zu stellen: Welche politischen Schritte sind geplant, um die Bremer Haushaltssituation zu verbessern? Denn mit der aktuellen Haushaltspolitik wird das einstmals gut ausgestattete Bremer Bildungswesen gründlich ruiniert.



Versichern und Bausparen



*Debeka Versicherungsverein auf
Gegenseitigkeit – von Beamten
für Beamte gegründet*



Das Geheimnis des Erfolges liegt darin, den Standpunkt des anderen zu verstehen. 1905 wurde die Debeka Krankenversicherung von Beamten für Beamte gegründet. Wir kennen den Bedarf und haben darauf unseren leistungsfähigen und kostengünstigen Versicherungsschutz für Sie

abgestimmt. Nicht nur führende Wirtschafts- und Verbrauchermagazine, sondern insbesondere unsere Mitglieder bestätigen uns immer wieder die hervorragende Qualität unserer Produkte.

Profitieren auch Sie von unserer Leistungsstärke.

Landesgeschäftsstelle Bremen
Ostertorstraße 36
28195 Bremen
Telefon (04 21) 3 65 03 - 0
www.debeka.de



anders als andere



»Derzeit droht ein Durchwursteln als Prinzip«

Bremen unter der Last der Altschulden

Interview mit Prof. R. Hickel

■ **BLZ:** Die Regierungsparteien und die CDU haben vor Weihnachten die Schuldenbremse in die Landesverfassung geschrieben. Welchen Sinn soll diese Maßnahme haben?

R. Hickel: Da steht die Bündnistreue im Zentrum. Es soll dem Bund und den anderen Ländern Wohlverhalten gezeigt werden. Ein Punkt ist dabei allerdings bemerkenswert: Es wird formuliert, dass der Bund, wenn er Steuersenkungen beschließt oder Ausgabenentscheidungen fällt, die die Länder belasten, auch die Finanzierung sichergestellt werden muss. Mein Vorschlag in dem Hearing, das die Bremische Bürgerschaft durchgeführt hat, war: Man sollte unverzichtbare Infrastrukturausgaben, von denen künftige Generationen profitieren, aus der Schuldenbremse herausnehmen. Auch ist der Vorschlag einer »Steuersenkungsbremse« nicht übernommen worden.

BLZ: Damit ist gleichzeitig der Anspruch verbunden, bis zum Ende des Jahrzehnts einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

R. Hickel: Um dieses Ziel zu erreichen, erhält Bremen während des Anpassungspfads zur Nullverschuldung jährlich 300 Mio. Euro Finanzhilfe. Damit wird der Einspardruck abgeschwächt. Aber, was passiert nach 2019?

BLZ: Ist dieses Ziel überhaupt erreichbar?

R. Hickel: Zur Zeit wird die Frage optimistisch beantwortet. Die Steuereinnahmen sprudeln und Zinsen sind niedrig. Wir haben im letzten Jahr 146 Mio. Euro Steuermehreinnahmen gehabt, und durch die niedrigen Zinsen ist die Zinsbelastung um 72 Mio. Euro zurückgegangen. Aber wenn diese beiden Bedingungen wegfallen, wenn man also von einer Wachstumsschwäche ausgeht und wenn die EZB den Leitzins erhöht, dann ist der Haushalt unheimlich eng gestrickt. Dann wird die Schuldenbremse nicht

einhalten sein. Denn die dann erforderlichen Ausgabeneinsparungen würden die öffentliche Grundversorgung unterschreiten. Man offenbart in Bremen eine außerordentliche Schuldenbremsen-Treue. Ob es zum Bruch kommen muss, wird perspektivisch nicht gedacht. Es gäbe eine Möglichkeit die Schuldenbremse beizubehalten, sie jedoch zu umgehen. Das wäre ein Infrastrukturfonds, den man aus dem ganzen Schuldensystem ausgliedert und aus dem die Länder und Gemeinden Hilfen für wichtige Infrastrukturprojekte bekommen. So etwas hat man 1978 mit dem »Zukunftsinvestitionsprogramm« (ZIP) recht erfolgreich praktiziert. Aber dazu ist der Bund derzeit nicht bereit.

BLZ: Und wie sieht es mit dem von Jens Böhrnsen propagierten Altschuldenfonds aus?

R. Hickel: Es geht um die Frage, wie kann nach 2019 Bremen die Schuldenbremse ohne jährliche Finanzhilfen einhalten. Dazu hat Jens Böhrnsen einen Altschuldenfonds vorgeschlagen. Das wäre ein Befreiungsschlag. Würden die Schulden um die Hälfte reduziert, ließen sich jährlich mindestens 300 Mio. Euro an Zinszahlungen im Haushalt einsparen. Dieser Altschuldenfonds ist zunächst sehr positiv diskutiert worden, u.a. auch vom Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz. Aber Hamburg hat den Altschuldenfonds in den Verhandlungen nicht mehr vertreten. Als Initiative von zwei Stadtstaaten hätte er eine Chance gehabt, aber aktuell steht Bremen mit diesem Vorschlag allein. Stattdessen wird jetzt darüber diskutiert, den Solidaritätszuschlag in die Einkommenssteuer zu integrieren. Und dazu sage ich: Der Soli war eine Sonderabgabe zur Finanzierung der Transformation Ostdeutschlands. Eine neue Zweckbestimmung des Zuschlages für einen Altschuldenfonds oder auch für einen Struktur-

fonds wäre gut begründbar. Aber eine Integration in die Einkommenssteuer wäre m.E. steuerrechtlich höchst problematisch. Das wäre eine verkappte Steuererhöhung. Und diese wirkt sehr diffus: Davon können auch neue Panzer gekauft oder marode Hubschrauber ausgewechselt werden. Vielleicht haben manche dabei auch noch einen Hintergedanken: Damit hätte man sich gleichzeitig die Diskussion über eine Reform der Einkommenssteuer und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes vom Hals geschafft.

BLZ: Im Moment rutscht Bremen im Vergleich zu den anderen Stadtstaaten bei den Ausstattungskennziffern der Bildung immer weiter ab, und das gilt auch für andere Bereiche. Warum wird das von der Regierung verschwiegen, statt offensiv in den Finanzverhandlungen gleichwertige Lebensverhältnisse einzufordern?

R. Hickel: Diese Kritik unterstütze ich vollständig. Seit den ersten Verhandlungen im Jahre 1986 gab es immer das Argument: Der Stadtstaat ist gegenüber Flächenländern grundsätzlich benachteiligt. Daraus leitet sich die Einwohnerwertung mit 135% ab. Pro Einwohner stehen gegenüber dem Bundesdurchschnitt der Steuereinnahmen 135% zur Verfügung. Diese Einwohnerwertung ist bei wichtigen Stadtstaatenausgaben reduziert worden. Es gab damals eine Defensivlinie von mindestens 125%, die der Finanzwissenschaftler Seitz vertreten hatte. Aber heute haben wir viele Ausgabenbereiche, die darunter liegen. Es gibt sogar Teilbereiche, wo wir in der Ausstattung unter 100% des Bundesdurchschnitts liegen. Eine angemessene Ausstattung mit den spezifischen Merkmalen des Stadtstaates droht sich aufzulösen. Und das wird teilweise zugegeben, teilweise wird es aber auch bestritten. Wie es in den Verhandlungen jetzt weitergehen soll, ist unklar. Dass der gute Einstieg von Jens Böhrnsen mit der Forderung nach dem Altschuldenfonds weg bröseln, darüber wird viel zu wenig diskutiert. Das muss das Thema der Bürgerschaftswahl sein. Derzeit droht eher ein Durchwursteln in Bremen als Prinzip. Erforderlich ist eine fiskalische Absicherung des Stadtstaats, die der Politik auch wieder Souveränität zurückgibt.



Prof. R. Hickel
Forschungsleiter
Finanzen beim
Institut für Arbeit
und Wirtschaft (IAW)

■ Formulierungen in Pressemitteilungen sind oft geschönt. Sie spiegeln die realen Verhältnisse nicht immer hundertprozentig wider – das ist weitläufig bekannt. Ein krasses Beispiel für diese These ist der Entwurf zum zweiten Armut- und Reichtumsbericht 2014 des Bremer Senats und die Verlautbarungen der Sozialsenatorin und des Bürgermeisters dazu. Es lohnt sich also nachzuhaken – um die Hintergründe aufzuzeigen, die aus den offiziellen Statements

Bremen in der Armutsabwärtsspirale

Armut- und Reichtumsbericht:
Wie der Senat mit den mehr als düsteren Zahlen umgeht

Karsten Krüger

von Anja Stahmann (Grüne) oder Jens Böhrnsen (SPD) so nicht zu entnehmen sind. Der Bürgermeister hält den »ungeschminkten Blick auf die sozialen Verhältnisse in Bremen« für eine »positive Entwicklung«. Und er warnte davor, Erfolge kleinzureden. »Erfolge« sieht auch seine Kollegin und Sozialsenatorin, dazu »richtige Weichenstellungen« und Anstrengungen, die sich gelohnt hätten. Aber wie sieht die soziale Lage im Land Bremen in Wirklichkeit aus. Die keineswegs mutmachenden Zahlen gingen Anfang des Jahres durch die Medien. Demnach sind fast ein Viertel aller BremerInnen armutsgefährdet. Das sind mehr Menschen als noch als im Jahr 2009, mehr als in allen anderen Bundesländern und auch mehr als in den meisten anderen Großstädten. Kinder sind dazu oft ein Risiko – die Hälfte aller Alleinerziehenden gilt als armutsgefährdet. Nirgendwo leben so viele Kinder, fast jedes dritte, in materiell prekären Verhältnissen. Nirgendwo ist die Pro-Kopf-Verschuldung so hoch wie im kleinsten Bundesland.

»Das völlige Abrutschen von Bremerhaven ist erschreckend«

Als arm gilt laut Senatsbericht, wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens verdient (869 Euro netto). Bei einer vierköpfigen Familie liegt die offizielle Armutsgrenze bei etwa 2000 Euro netto. Bestätigt wird die düstere Statistik auch vom neuen Armutsatlas des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider hält besonders »das völlige Abrutschen von Bremerhaven für erschreckend. Dort leben bereits 38 Prozent der Kinder von Hartz IV. Das ist mehr als jedes dritte.«

Zudem gibt es in Bremen eine geteilte Stadt: Dort die Reichen, hier die Armen. Das Durchschnittseinkommen in Horn ist mit mehr als 100.000 Euro im Jahr sechsmal so hoch wie in den ärmsten Ortsteilen in der Neuen Vahr und Gröpelingen. Die Schere zwischen arm und reich geht immer mehr auseinander. Reich ist, wer über Sach- und Finanzwerte von mindestens 261.000 Euro verfügt, so die Definition des Instituts der deutschen Wirtschaft. Die Bremer Arbeitnehmerkammer spricht von Reichen, wenn das Doppelte des sogenannten Nettoäquivalenzeinkommens verdient wird. Das klingt kompliziert, aber die Kammer bietet eine verständliche Übersetzung: pro Person reicht bereits ein Nettoeinkommen von etwa 3500 Euro aus, um sich vielleicht nicht reich zu fühlen, es aber zu sein.

Die Zahl der Millionäre steigt rasant an – auch im Land Bremen (darunter Ticketvertriebs Händler Klaus-Peter Schulenberg mit einem Vermögen von 1,2 Milliarden Euro und die Schiffbau Familie Lürssen mit einem Vermögen von 550 Millionen Euro). Nach Zahlen der Arbeitnehmerkammer hat es allein bei den Einkommen aus Dividenden, Zinsen und Pachten, einen massiven Anstieg gegeben. Bremen lag demnach mit einem Plus von 36,6 Prozent in den Jahren zwischen den Jahren 2005 und 2011 mit weitem Abstand an der Spitze aller Bundesländer.

Wenn Böhrnsen aber zum Armuts- und Reichtumsbericht befragt wird, dann sagt er: Die soziale Lage in Bre-

men habe sich in Teilen »deutlich verbessert«. Er begründet dies mit ausgewählten Zahlen, zum Beispiel mit der gesunkenen Anzahl der (Langzeit-)Arbeitslosen, auch gebe es weniger Schulabbrecher. Zudem seien zwischen den Jahren 2009 und 2013 mehr als 16000 neue und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden.

Trotz kleiner Hoffnungsschimmer bleibt unstrittig: Die Gesamtlage ist besorgniserregend. Das Land Bremen insgesamt, also jede Bremerin und jeder Bremer, wird jedes Jahr ärmer. Ist dieser Dauertrend aufzuhalten? Und wenn ja, wie? Der Initiativkreis »Erste Bremer Armutskonferenz« will genau das erreichen.

»Arbeit, Soziales und Bildung basteln alle einzeln am Problem«

Der Kreis ist ein soziales Bündnis aus dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, der Arbeitnehmerkammer, der Arbeiterwohlfahrt, dem Bremer Rat für Integration, der Caritas, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Diakonischen Werk, der Jüdischen Gemeinde, dem Kinderschutzbund, dem Deutschen Roten Kreuz, der Bremischen Evangelischen Kirche und dem Katholischen Gemeindeverband.

Der Initiativkreis kritisiert vor allem eine fehlende Konzeption der Verantwortlichen. Vielfach werden einzelne punktuelle Maßnahmen nur aufgelistet, ohne dass eine Darstellung der Zusammenhänge oder eine Priorisierung erfolgen, heißt es. Der Bericht zeige die Notwendigkeit einer ressortübergreifenden Kooperation. »Arbeit, Soziales und Bildung basteln alle einzeln am Problem. Es fehlt eine Koordinationsstelle, die Aktionen bündelt und aufeinander abstimmt«, sagt Thomas Schwarzer, Referent für kommunale Sozialpolitik bei der Bremer Arbeitnehmerkammer.

Gerade in einem Haushaltsnotlage Land seien klare Schwerpunktsetzungen erforderlich. Eine Armutsbekämpfungsstrategie sei aus dem Armuts- und Reichtumsbericht nicht herauslesbar – trotz einiger guter Ansätze, Projekte und Angebote in Kindergärten, Grundschulen und sozialen Einrichtungen. Der Initia-

tivkreis sieht positive Entwicklungen, beispielsweise am Bremer Arbeitsmarkt. Diese seien jedoch an der Bevölkerung in benachteiligten Stadtteilen weitgehend vorbeigegangen (»soziale Spaltung«). Die zunehmende Polarisierung mache den Bedarf von sozialräumlicher Steuerung deutlich, merkt der Initiativkreis an. Alarmierende Zahlen sind bei Alleinerziehenden mit Kindern (56,4 Prozent mit Armutsgefahr), Langzeitarbeits-

gierung »viele Faktoren nicht beeinflussen könne«. Der Grünen-Fraktionschef Matthias Güldner hat auch kein Patentrezept und fügt wenig konkret hinzu:

losen und Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren (42,4 Prozent) zu verzeichnen. Für alle drei Zielgruppen müssten stärkere Anstrengungen zur Armutsprävention erfolgen. Mit dem Thema der Jugendarmut und den lokalen Handlungsmöglichkeiten in Bremen wird sich der Initiativkreis im kommenden Herbst im Rahmen einer zweiten Armutskonferenz befassen. Die Politik reagiert auf die Armutsproblematik nicht selten nur mit Floskeln. »Armut heilen wir nicht durch Handauflegen«, sagt Anja Stahmann. »Die Einwirkungsmöglichkeiten sind nicht zu überschätzen«, sagt Jens Böhrnsen. Der Senat stehe vor einer »riesigen Herausforderung«, aber gleichzeitig wird betont, dass die rot-grüne Landesre-

»Die Menschen wissen, wie komplex und schwierig das Thema ist.« Und, dass es ein ganz steiniger Weg sei.

Die Experten halten Verbesserungen oder die Lösung für das Problem für komplex. Die Einführung des Mindestlohns sei ein Lösungsansatz. Wenn dadurch aber die Leistungsanforderungen in vielen ungelernten Jobs steigen, wird es allerdings immer schwieriger Zuverdienstmöglichkeiten zu finden. Drei Punkte aber sind entscheidend: Wenn Kinder unter Armutsbedingungen um ihre Chancen gebracht werden, ist

das ein Skandal. Mehrkindfamilien und Alleinerziehende müssen stärker gefördert werden. Die beste Armutsbekämpfung ist und bleibt Bildung. Vor allem in die frühkindliche Bildung müssen wir mehr investieren. Und drittens: der Kampf gegen Steuervermeider und Steuerbetrüger muss noch viel konsequenter geführt werden.

Dafür verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, ist die Aufgabe des Bremer Senats. Thomas Schwarzer von der Arbeitnehmerkammer wünscht sich von der neuen Landesregierung, die im Mai gewählt wird, vor allem eins: »Der Senat muss mit dem Jobcenter ein Programm auflegen, damit Familien mit Kindern so gefördert werden können, damit der Zugang zum Arbeitsmarkt wirklich zu schaffen ist.«

Mögliche Verbesserungen und Erfolge im Bereich der Armutsbekämpfung führen auf jeden Fall dazu, dass die Politik ihre Pressemitteilungen auch nicht mehr zu schön braucht.

Klassenfahrten

Ostfriesland - Nordsee - Inseln

5 Tage Halbpension ab 99,00 €

Aktive Programme für alle Altersstufen: Wattwandern, Surfen, Kanu- und Fahrradtouren, Piratenwoche, Meyer Werft, VW, Inseln, Klettern, Skaten, Seehundstation, Aktionstag Moor

Sie buchen - wir organisieren alles Weitere!

Jugendwerk Brookmerland

Tel 0 49 34-80 42 57 Fax 0 49 34-78 27

www.klassenfahrt-nordsee.de info@klassenfahrt-nordsee.de

Private Akutklinik für Psychologische Medizin Mit Fachabteilung für Essstörungen



SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen erfolgreichen und umfassenden psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Zwänge, Essstörungen, Erschöpfungssyndrom („Burn-Out“), Tinnitus

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Infos unter Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • 46325 Borken (Münsterland)
Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de



Die Antworten der Parteien auf die Forderungen der GEW:

Bedarfsgerechte Personal- und Sachmittelausstattung der Schulen



- **Anhebung des jährlichen Personalhaushaltes der Schulen in der Stadtgemeinde Bremen um mindestens 20 Mio. Euro und eine entsprechende Erhöhung der Personalmittelzuweisung für die Stadtgemeinde Bremerhaven. Diese Mittel müssen vor allem eingesetzt werden, um die notwendigen Standards für die Inklusion einzuhalten.**
- **Ausbau der Schulsozialarbeit.**

SPD

Auch in der auslaufenden Legislaturperiode haben wir erhebliche zusätzliche Mittel für den Bildungsbereich aufgebracht: Unter Anderem haben wir die Unterrichtsversorgung gestärkt und die Vertretungsreserve ausgebaut, wir haben die Schulsozialarbeit, die nur übergangsweise vom Bund finanziert wurde, abgesichert und den Ausbau von Ganztagschulplätzen massiv vorangetrieben. Die SPD setzt sich für eine ausreichende Finanzierung der Bildung ein. Erforderlich sind zusätzliche Mittel zur Absicherung der Inklusion und der Sprachförderung, für einen weiteren Ausbau des Ganztagschulprogramms, für den Umbau und die Sanierung von Schulgebäuden, für die Erneuerung der Ausstat-

tung in den beruflichen Schulen sowie für die Flüchtlingsbeschulung. Weiterhin von zentraler Bedeutung sind die Absicherung der Unterrichtsversorgung und eine ausreichende Vertretungsreserve in den Schulen. Dies wird für alle Schulen im Land Bremen nach einheitlichen und transparenten Kriterien erfolgen, die den tatsächlichen Bedarf in den Schulen absichern.

Wir werden die neu entstandenen finanziellen Spielräume durch die Übernahme der BAföG-Anteile der Länder durch den Bund komplett für die Bereiche Bildung und Wissenschaft einsetzen. Angesichts der Schuldenbremse gilt jedoch: Die finanziellen Möglichkeiten Bremens sind und bleiben begrenzt. Da Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, treten wir weiterhin für die Abschaffung des Kooperationsverbots auch im Bildungsbereich ein.

Grüne

- Rot-Grün hat in der letzten Legislatur trotz Haushaltsnotlage den Schwerpunkt auf die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Soziales gelegt. In den Haushalten 2014/15 wurden je 8,5 Mio. Euro mehr für Lehrerversorgung zur Verfügung gestellt, aus denen die VertretungslehrerInnen auf 55 Stellen verstärkt wurden und zudem 196 Lehrerstellen zusätzlich geschaffen worden sind. Hinzu kommen aus den BAföG-Mitteln weitere 6,89 Mio. jährlich für den Schulbereich, die unter anderem für Sprachförderung und die qualitative Verbesserung der Inklusion verwandt werden sollen. Außerdem stehen nun über die 55 VertretungslehrerInnen hinaus ab dem 1.1.2015 weitere 1,7 Mio. Euro für die sogenannte Vertretungsreserve zur Verfügung. Und aus den BAföG-Mitteln werden 1,78 Mio. € nach Bremerhaven für die Schulen mobilisiert. Im Übrigen ist auch klar: Mehr Geld allein bedeutet nicht automatisch mehr Qualität; wichtig ist, was in den Klassenzimmern stattfindet.

Neben den Anstrengungen, die Bremen unternimmt, die Schulsozialarbeit insbesondere im Rahmen des Ausbaus von Ganztagschulen auszubauen, steht aus grüner Sicht der Bund in der Verantwortung. Der Bund muss für gerechte Bildung

Geld zur Verfügung stellen, unter anderem deshalb fordern wir die vollständige Abschaffung des Kooperationsverbotes.

- Trotz der Haushaltsnotlage hat Rot-Grün 55 Stellen aus dem Bundesprogramm zur Schulsozialarbeit aus eigenen Mitteln sichergestellt. Hiervon entfallen 10 auf Bremerhaven.

CDU

Bei Betrachtung der Bremer Bildungslandschaft wird deutlich, dass der gesamte Bereich strukturell unterfinanziert ist. Dies zeigt sich einerseits an Umfang und Qualität der Ausstattung der Bildungseinrichtungen im Bundesland Bremen und andererseits am Zustand der dazugehörigen Infrastruktur. Die CDU will dies nicht länger hinnehmen und fordert daher, die finanzielle, personelle und infrastrukturelle Ausstattung der Schulen in Bremen mindestens an den bundesdeutschen Durchschnitt anzugleichen.

In diesem Zusammenhang ist auch der Unterrichtsausfall zu nennen, der ein unmittelbar sichtbares Zeichen der zu geringen Personaldecke im Bereich Bildung ist. Um besonders diesem Ärgernis nun endlich entgegenwirken zu können, fordert die CDU, die sofortige Neueinstellung von 100 Lehrkräften, die anteilig auf die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zu verteilen sind. Der hierfür nötige finanzielle Spielraum wird durch eine Bußgeldzahlung eines ortsansässigen Industrieunternehmens in Höhe von 40 Mio. Euro eröffnet.

Linke

Die notwendige Aufstockung des Sach- und Personalhaushaltes des Bildungsressorts, bzw. der Schulen in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven stellen wir nicht in Frage. Bremens Ausstattung im Bildungsbereich liegt seit Jahren unter dem Niveau der Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Die Aufgaben in Städten sind vielfältig und in Bremen stehen wir vor besonderen Herausforderungen, weil die Risikofaktoren Armut, Erwerbslosigkeit und Migrationshintergrund im Land Bremen besonders ausgeprägt sind. Bremen ist inzwischen das Bundesland mit der höchsten Armuts- und Armutsgefährdungsquote. Will man Bil-

dungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppeln, brauchen wir eine deutlich bessere personelle Ausstattung an den Schulen und eine besondere Ausstattung in den von Armut am stärksten betroffenen Quartieren. Hinzu kommt, dass die Schulreform von 2009 sowie die Inklusion in Bremen von vornherein nicht ausfinanziert war. Die Annahme, dass die zusätzlichen Personalkosten durch die vermeintliche demographische Rendite aufgefangen werden könnten, hat sich schnell als haltlos herausgestellt. Dies war einer der Gründe, weshalb die LINKE dem Bildungskonsens nicht beigetreten ist.

Wir sind allerdings der Auffassung, dass die Aufstockung des Bildungsetats um 20 Millionen Euro nicht ausreicht, um Unterrichtsversorgung und Unterrichtsqualität in beiden Stadtgemeinden zu sichern. In den letzten Haushaltsberatungen hatten wir deshalb aufgeschlüsselte Änderungsanträge in Höhe von zusätzlich ca. 26,5 Millionen Euro jährlich gestellt. Dies umfasst auch den Ausbau der Schulsozialarbeit.

Die GEW fordert sofortige Schritte zu »Einer Schule für Alle« ab 2018.

SPD

Die SPD steht zum »Bremer Konsens zur Schulentwicklung«, der bis 2018 festgeschrieben ist und bundesweit Anerkennung gefunden hat. Der Bildungskonsens hat in diesem Land einen Schulfrieden bewirkt und den Schulen so die verlässlichen Rahmenbedingungen gegeben, die sie brauchen, um Schule und Unterricht qualitativ weiterzuentwickeln und für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Die Einführung eines längeren gemeinsamen Lernens in heterogenen Gruppen und der Inklusion stellt die Schulen vor große Herausforderungen. Sie brauchen für die Umsetzung der Schulreform auch weiterhin Kontinuität. Die Schulreform – auch dies wurde im Bildungskonsens vereinbart – wird von 2016 bis 2018 von externen Fachleuten evaluiert werden.

Grüne

Bremen hat sich bereits auf den Weg zu einer Schule für alle gemacht. Hier sind wir bundesweit federführend.

Auch wenn nicht immer alles rund läuft, sind wir grundsätzlich auf einem guten Weg. Uns Grünen ist es wichtig, dass dieser Weg auch in der nächsten Legislatur konsequent weitergegangen wird. Entscheidend sind hierbei die Verhandlungen mit den anderen Parteien über eine Fortsetzung des Bremer Schulkonsenses, in dem auch die Frage des Fortbestandes des zweigliedrigen Schulsystems entschieden werden muss.

CDU

Aus Sicht der CDU Bremen hat der Bildungskonsens unserer Schullandschaft in Bremen gut getan und sich das Zwei-Säulen-Modell, bestehend aus Oberschule und Gymnasium, grundsätzlich bewährt. Den Forderungen nach einer »Einheitsschule«, »Basisschule« oder »Schule für alle« von Klasse 1 bis 10, stehen wir daher kritisch gegenüber. Wer die »Schule für alle« fordert, muss auch sagen, dass dies die Abschaffung des Gymnasiums bedeutet. Die CDU lehnt eine Reduzierung des Gymnasiums auf eine »gymnasiale Bildung in der Oberstufe« ab und tritt für den Erhalt des durchgängigen Gymnasiums ein. Wir streben auf Grundlage der gemachten Erfahrungen mit der derzeit bestehenden Schulstruktur die Fortführung des Bildungskonsenses an. Ohne die Ergebnisse einer grundlegenden und transparenten Evaluation der gegenwärtigen Schulstruktur, kann aus unserer Sicht aber per se keine zielführende Diskussion erfolgen. Diesen Prozess gilt es nun zeitnah und umfassend, unter Einbeziehung externen Sachverständigen und im Austausch mit allen relevanten Akteuren, vorzubereiten. Hierbei muss der Fokus u.a. auf den Erfahrungen mit dem Abitur nach Jahrgangsstufe 12 (Gy8), der Umsetzung der Inklusion, den Übergängen im Bildungsbereich sowie auf der beruflichen Bildung liegen. Auch die schulische Ausstattung gehört nach unserer Auffassung, insbesondere auch vor dem Hintergrund sich verändernder und erweiterter Herausforderungen, auf den Prüfstand. Eine Gesellschaft, die wie unsere der Auffassung ist, dass Schule z.B. im Bereich der Integration oder der sozialen Interaktion zusätzliche Aufgaben wahrnehmen soll, muss diese dann auch personell, finanziell und

infrastrukturell darauf vorbereiten wollen. Die CDU Bremen ist bereit, sich hierbei aktiv einzubringen.

Linke

Unser Ziel ist nach wie vor die Gemeinschaftsschule als alleinige Schulform. Das gemeinsame Lernen bis zur 10. Klasse für alle ist die demokratische und bildungspolitisch fortschrittliche Form, wie sie in fast allen anderen europäischen Ländern praktiziert wird.

Der Erhalt der durchgängigen Gymnasien war von vornherein eine Konkurrenz zur Oberschule. Die Zweigliedrigkeit gehört daher nach wie vor auf den Prüfstand und perspektivisch in die Mottenkiste der Geschichte.

Korrektur schulpolitischer Fehlentscheidungen, u.a.

- **Wiederzulassung von Oberstufenzentren im Schulgesetz. Bis dahin sind in der Stadtgemeinde Bremen Oberstufen-Verbünde zu schaffen, denen alle Oberschulen im Stadtteil gleichberechtigt zugeordnet sind.**
- **Priorität des Wohnortes bei der Aufnahme in die Oberschule.**
- **Grundschulen sollen vorrangig zu gebundenen Ganztagschulen ausgebaut werden.**

SPD

- Wir sehen das Problem zu kleinteiliger Angebote in den Oberschulen und dadurch verringerter Wahlmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern. Wir wollen die Wahlmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler verbessern, indem wir künftig mehr auf Kooperationen setzen: In den Regionen sollen sich die Angebote der einzelnen Schulen ergänzen, um so ein möglichst umfassendes Profilangebot zu schaffen und so zu erreichen, dass noch mehr junge Menschen ihre ganz unterschiedlichen Stärken nutzen können, um einen Hochschulzugang zu erwerben oder eine Berufsausbildung zu beginnen.
- Bei der Aufnahme in die Oberschule haben Schülerinnen und Schüler der zugeordneten Grundschulen künftig Priorität, indem sie auch innerhalb des Drittels, das an Oberschulen vorab nach dem Leistungs-

kriterium aufgenommen wird, vorrangig berücksichtigt werden. Eine entsprechende Novelle des Schulverwaltungsgesetzes ist in Arbeit und wird noch in der laufenden Legislaturperiode verabschiedet.

- Die SPD hat in den letzten Jahren verstärkt auf den Ausbau von Ganztagschulen gesetzt, da Ganztagschulen aus unserer Sicht nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, sondern auch die Bildungschancen erhöhen. Gebundene Ganztagschulen sind aus unserer Sicht das beste Mittel, um eine Entkopplung von sozialer Herkunft und Schulerfolg zu erreichen. Um der steigenden Nachfrage nach mehr nachmittäglichen Betreuungs- und Bildungsangeboten nachzukommen und gleichzeitig den Wünschen von Eltern Rechnung zu tragen, die für ihre Kinder keine gebundene Ganztagschulen wollen, haben wir neben gebundenen Ganztagschulen und Horten zum Schuljahr 2012/2013 auch offene Ganztagsgrundschulen eingeführt. Für die kommende Legislaturperiode strebt die SPD den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen im Grundschulbereich an.

Grüne

- Zu kleine Oberstufen sind kein Garant für Qualität und schaffen häufig nicht ausreichend Wahlmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler. Wir haben uns immer für eine ausreichende Mindestgröße eingesetzt und werden dabei auch bleiben. Die Frage der Verankerung von Oberstufenzentren im Schulgesetz wird sicher im Rahmen der Verhandlungen um den Schulkonsens eine Rolle spielen, wo wir unsere oben skizzierte Haltung vertreten werden.
- Wichtiger als die Priorität des Wohnortes bei der Aufnahme in eine Oberschule ist aus unserer Sicht, dass es eine Vielfalt an Angeboten an den Schulen und unterschiedlichste Wege gibt, bestimmte Ziele wie berufliche Abschlüsse oder das Abitur zu erreichen. Deshalb werden wir uns für diese Forderung nicht einsetzen.
- Absolut richtig, deshalb haben wir auch durchgesetzt, dass das Ganztagschulprogramm in den Jahren 2014/15 forciert wurde – gerade auch im Hinblick auf den Ausbau von gebundenen Ganztagschulen. Insgesamt hat Rot-Grün von 2011-15 13

neue Ganztagsgrundschulen eingerichtet. Allerdings sind hierbei die zum Teil erheblich höheren Investitionskosten zu bedenken, und an manchen Stellen gibt es wegen der räumlichen Bedingungen Probleme, gebundene Ganztagschulen zu gründen. Auch vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen sollte aber ebenfalls bedacht werden, dass es durch den Ausbau der Ganztagschulen durch Rot-Grün in allen Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven Ganztagschulen gibt, sowohl im Bereich der Grundschulen, als auch bei den Sek-I-Schulen. Im Übrigen verfolgen wir das Ziel, dass sich Schulen (Halbtagschulen oder offene Ganztagschulen) mittelfristig in gebundene Ganztagschulen umwandeln. In den kommenden Jahren wollen wir die Ganztagsgrundschule in Bremen als Regelangebot etablieren, Halbtagsangebote sollen die Ausnahme werden.

CDU

- Eine Aufnahme an Oberschulen allein nach dem Wohnortprinzip lehnen wir ab. Die CDU Bremen tritt grundsätzlich für das Elternwahlrecht und die freie Anwählbarkeit der weiterführenden Schulformen ein. Wir sind hierbei aber offen für eine Evaluation und eine daraus hervorgehende Weiterentwicklung der Oberstufenstruktur. Wir stehen zu den Grundlagen des Bildungskonsenses und werden daher keine kurzfristigen Änderungen an der bestehenden Schulstruktur befürworten. Strukturdebatten stehen für uns generell nicht im Vordergrund der Bildungspolitik. Hier bedarf es viel eher Antworten auf drängende Qualitäts- und Gerechtigkeitsfragen.
- Im Grundsatz befürworten wir die Bestrebungen, Grundschulen in Ganztagschulen umzuwandeln, tragen diese doch den veränderten Aufgaben von Schulen Rechnung, etwa die Integration sowie die Unterstützung von Kindern aus bildungsfernen Familien und schwierigen sozialen Lagen. Der steigende Bedarf nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein weiteres Argument, um den Ausbau voranzutreiben. Innerhalb dieses Prozess gilt es aus unserer Sicht aber immer auch die Bedarfe vor Ort und die jeweiligen Elternwünsche abzuwägen. In

diesen Zusammenhang ist wichtig, diesen Bereich schneller als bisher erkennbar mit den Strukturen der frühkindlichen Bildung zu verzahnen und insbesondere auch Grundschulen noch stärker quartiersbezogen zu entwickeln und einzubinden.

Linke

- Die Wahlmöglichkeiten der gymnasialen Oberstufe sind eine wichtige Möglichkeit, den eigenen Schulerfolg zu verbessern. Dafür muss man aber auch wählen können bzw. die Kurse besuchen können, die man gewählt hat. Jede Oberschule mit einer eigenen Oberstufe auszustatten, ist daher der falsche Weg. Gemeinsame Oberschulzentren für mehrere Oberschulen im Stadtteil ermöglichen mehr Freiheit bei der Kurswahl.
- Wohnortnahe Beschulung halten wir auch in der Oberschule für sinnvoll. Allerdings legen wir auch Wert auf eine größere Heterogenität an den Schulen. Solange die Konkurrenz der Innenstadtgymnasien Bestand hat, setzen wir daher auf eine deutlich bessere Ausstattung und kleinere Lerngruppen in ärmeren Stadtteilen oder Schulen in besonderen sozialen Lagen.
- Der Ausbau der Ganztagschulen muss vorangetrieben werden, aber vor allem auch qualitativ. Ganztagschulen dürfen nicht nur traditionelle Vormittagsschulen mit nachmittags angehängtem Nachhilfe- und Freizeitbetrieb sein. Eine moderne Ganztagschule ist eine, die Unterricht, Förderung, Freizeit, Rückzugsmöglichkeiten und andere Angebote über den gesamten Schultag verteilt (»rhythmisiert«). Der flächendeckende Ausbau sollte mit den Grundschulen beginnen.

Demokratische Beteiligung an den Schulen

- **Erweiterung der Mitbestimmungsrechte aller Beschäftigten, der Eltern und SchülerInnen. Schulgremien müssen bei der Bestellung von Personen für die Schulleitung wieder ein Votum erhalten.**

SPD

Wir wünschen uns ein stärkeres Engagement der Schülerinnen- und Schüler- sowie der Elternvertretungen.

Grüne

Schulleitungen und -konferenzen sollten selbst entscheiden können, welches Personal zu ihnen passt oder nach welchem Konzept der Unterricht gestaltet wird. Die Einzelschulen sollen selbstständig über ein Budget verfügen, um schnell und effizient bei Unterrichtsausfall reagieren zu können, wie es bereits in Beruflichen Schulen erfolgreich praktiziert wird. Diesen Prozess wollen wir gemeinsam mit den Schulen gestalten.

CDU

Die CDU hält die in Bremen vorhandenen Möglichkeiten der Teilhabe und Mitbestimmung an Schulen über Schüler-, Eltern- und Lehrervertretungen und an den Hochschulen über die Fachbereichsräte und die Akademischen Senate sowie über die entsprechenden Personalräte, Frauen- und Behindertenbeauftragten für ausreichend und sieht daher in dieser Frage keinen politischen Handlungsbedarf.

Linke

Die Forderungen der GEW teilen wir. Darüber hinaus sollen SchülerInnen dazu ermutigt werden, sich selbst einzubringen und Schule als Lebens- und Lernraum aktiv mit zu gestalten.

Verbesserung der

Lehrerinnenausbildung

- **Reduzierung des bedarfsdeckenden Unterrichts der Referendarinnen und Referendare und höhere und festgeschriebene Entlastung der Mentorinnen und Mentoren.**
- **Einrichtung des Faches Inklusive Pädagogik für alle Schulstufen an der Uni Bremen**

SPD

Wir wollen die Grundlagen für die Umsetzung der Inklusion schon im Lehramtsstudium fest verankern: Durch entsprechende Lehrinhalte sollen Lehramtsstudierende befähigt werden, an allen Schulformen inklusiv zu arbeiten. Inklusion, Deutsch als Zweitsprache, Interkulturalität sowie der Umgang mit Heterogenität sollen daher als verbindliche Ausbildungsbestandteile in allen Lehramtsstudiengängen umgesetzt werden. Außerdem soll innerhalb der sonder-

pädagogischen Lehramtsausbildung auch das Studium eines Unterrichtsfaches für das Lehramt Gymnasien und Oberschulen verbindlich sein.

Grüne

Mit der neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lehramter wird festgelegt, dass ReferendarInnen die Möglichkeit haben, selbst verantworteten Unterricht im Umfang von bis zu sechs Unterrichtsstunden pro Woche durchzuführen. Eine Entscheidung darüber treffen die Schule und das LIS gemeinsam mit der/dem ReferendarIn. Außerdem wird die Eingangsphase in den Vorbereitungsdienst auf ein halbes Jahr verlängert. An Möglichkeiten einer Entlastung der MentorInnen wird derzeit gearbeitet.

CDU

- Die Ausbildung angehender Lehrkräfte hat zum Ziel, diese so umfassend und gut wie möglich auf die bevorstehende Lehrtätigkeit vorzubereiten. Die schulische Wirklichkeit und das damit verbundene Halten von Unterricht vor realen Klassenverbänden sind aus unserer Sicht durch nichts zu ersetzen. Entscheidend ist hierbei aber unbedingt der Ausbildungsgedanke, nicht der kurzfristig eintretende Bedarf an Vertretungsunterricht. Angehende Lehrerinnen und Lehrer brauchen eine enge individuelle Betreuung bei Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Unterrichts. Bei Wahrung dieser Grundsätze, sehen wir aktuell keinen unmittelbaren Handlungsbedarf, um an dieser Stelle zu Veränderungen zu kommen, zumal die hier geltenden Regelungen gerade jüngst angepasst wurden.

- Nach Einführung der inklusiven Beschulung wurde schnell deutlich, dass eine Vielzahl der Lehrkräfte der neuen Aufgabenbreite nicht ausreichend vorbereitet entgegentrat. Vielfach hat nur besonderes Engagement der Lehrerinnen und Lehrer die mangelhafte Vorbereitung der inklusiven Beschulung ansatzweise auffangen können. An dieser Stelle erkennen wir nach wie vor noch Verbesserungspotential. Wir wünschen uns daher, der inklusiven Beschulung innerhalb der Lehreraus- und -weiterbildung einen größeren Stellenwert beizumessen. Alleine mit universitären Weiterqualifizierungs-

möglichkeiten, die neben dem ohnehin schon fordernden Berufsalltag zu bewältigen sind, wird man der Bedeutung und Komplexität der inklusiven Beschulung auf lange Sicht nicht ausreichend gerecht. Von daher lässt sich durchaus ein Bedarf für einen universitären Ausbildungsgang inklusive Pädagogik erkennen. Im Zuge der nötigen Fortschreibung der mittel- und langfristigen Wissenschaftsplanung im Land Bremen, sind Überlegungen, welche in diese Richtung gehen, demnach durchaus prüfenswert. Die auf diesem Feld bereits bestehende Kooperation mit der Universität Oldenburg wird auf kürzere Sicht die erkannten Bedarfe des Landes Bremen abfedern müssen. Möglicherweise wird man die Zusammenarbeit auf diesem Feld zum gegenseitigen Nutzen aber auch für die Zukunft weiter verstetigen können.

Linke

Es war richtig, die Referendarsausbildung auf 530 Plätze aufzustocken – und falsch, sie aus Budgetgründen wieder auf 450 zu senken. Zu Beginn des Referendariats sollte bedarfsdeckender Unterricht durch ReferendarInnen möglichst nicht erteilt werden, insgesamt streben wir eine Reduzierung an. Kooperation mit der Hochschullandschaft vor Ort ist wichtig. Lehramtsstudierende mit Migrationshintergrund und mit unterschiedlichen sozialem Hintergrund müssen gezielter geworben werden. In der Lehramtsausbildung müssen die Praxisanteile deutlich ausgeweitet werden. Inklusive Pädagogik muss eine Querschnittsausbildung werden, und darf nicht mehr ausschließlich als gesondertes Modul gelehrt werden. Dennoch muss es auch den Studiengang inklusive Pädagogik für alle Schulstufen und Schulformen an der Universität geben.

■ Mal ehrlich, muss sich einem nicht der Gedanke aufdrängen, dass die Bildungsbehörde die Ganztagschulen eines Tages wieder abschaffen will? Oder dass die Verlässlichen Grundschulen nur eine vorübergehende Erscheinung sind? Wie lässt es sich sonst erklären, dass das Gros der Pädagogischen MitarbeiterInnen lediglich in Leiharbeit beschäftigt wird? Hunderte dieser KollegInnen sind nicht bei der Senatorin für Bildung (SfB) angestellt. Machen sie ihre Sache so schlecht, dass die

vorstände? Mitunter beide in ein und derselben Person! Hinzu kommt, dass jeder Schulverein als Arbeitgeber einsam vor sich hin zu agieren scheint: Ein standardisiertes Konzept, geltend für alle Schulvereine, wurde bisher nicht wirksam umgesetzt. Ebenso wenig finden sich kompetente Ansprechpartner für die Schulvereine, also weder eine Kooperations- noch eine Fachberatungsstelle in der Schulbehörde.

Ein transparenter Austausch zwischen den Schulvereinen und der Bildungsbehörde kann so aber nicht gewährleistet werden und die Beschäftigungsbedingungen bei den Vereinen sind deshalb schwer zu kontrollieren. Noch immer kommt es bei Schulvereinen vor, dass KollegInnen dauerhaft in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, das heißt mit befristeten Verträgen oder ohne tarifliche Vergütung. Beides ist seit der Dienstvereinbarung nicht mehr zulässig!

Ein weiteres großes Problem kann der fehlende Kündigungsschutz für die KollegInnen darstellen, die bei Schulvereinen beschäftigt sind, denn für Betriebe mit weniger als zehn Vollzeitstellen gelten die gesetzlichen Kündigungsschutzregularien nicht. Das betrifft formalrechtlich viele

Schulvereine, auch wenn von Seiten der Behörde bisher immer Aufanglösungen zugesichert und ggf. umgesetzt wurden.

Und wie sieht es mit Weiterentwicklungs- bzw. Aufstiegsmöglichkeiten aus? Bei einem Arbeitgeber wie dem Schulverein ist beides praktisch ausgeschlossen. Eine interne Bewerbung auf ausgeschriebene Stellen des SfB oder bei den großen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe ist den betroffenen KollegInnen ebenfalls verwehrt. Sie werden in Bewerbungsverfahren wie Außenstehende behandelt, auch wenn sie möglicherweise schon seit vielen Jahre an einer Bremer Schule beschäftigt sind.

Laut §1 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) erfolgt die Überlassung von Arbeitnehmern an Entleiher lediglich vorübergehend. Doch von welchem Zeitraum sprechen wir genau? Im Koalitionsvertrag wird von einer gesetzlich festzulegenden Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten gesprochen. Viele der betroffenen KollegInnen befinden sich allerdings schon über viele Jahre in einem Leiharbeiterstatus. In häufigen Fällen sogar seit über einem Jahrzehnt. Die Leihfrist ist also mehr als überschritten.

Leiharbeit an Schulen

Die Rolle der Schulvereine

Bianca Berger

Behörde sich davor scheut, sie »in ihrem Hause« aufzunehmen? Das Gegenteil ist der Fall: Nicht zuletzt durch den engagierten Einsatz dieser KollegInnen ist ein reibungsloser Ablauf des Ganztags trotz der riesigen personellen Lücke realisierbar!

Bianca Berger
Personalrat Schulen

Bis zur Dienstvereinbarung über die Grundsätze zu Beschäftigungsbedingungen, die zwischen SfB und Personalrat Schulen 2011 geschlossen wurde, befanden sich die KollegInnen in den Bremer Schulen fast ausnahmslos in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Sie wurden weder nach Tarif bezahlt noch waren sie arbeitsrechtlich voll abgesichert. Seit 2011 arbeiten sie also unter spürbar verbesserten Bedingungen, so auch die Mehrheit der Pädagogischen MitarbeiterInnen, die bei den verschiedenen Schulvereinen beschäftigt sind. Ursprünglich wurden die Vereine gegründet, um z.B. Schultheaterprojekte zu fördern oder Kindern aus einkommensschwachen Familien die Teilnahme an einer Klassenfahrt zu ermöglichen. Mit der Umstrukturierung ihrer Schule zur Ganztagschule wurden beinahe 60 Schulvereine unverhofft zu Arbeitgebern. Aber geregelt sind die Zuständigkeiten für die betroffenen KollegInnen nicht. Wer sind ihre direkten Ansprechpartner, wenn es Probleme gibt? Die Schulleitung? Die Vereins-

Keine LEIHARBEIT durch Schulvereine!

– Gleiche Rechte und gleiche Bedingungen für alle Beschäftigten an Schulen!

Sozial gerecht?

Fast 1000 Beschäftigte an Schulen sind NICHT bei der Senatorin für Bildung angestellt. Sie werden seit vielen Jahren von anderen Arbeitgebern an die Schulen ausgeliehen.

Leihfrist
abgelaufen!

»Die Leihfrist ist abgelaufen« ist eine Postkartenaktion der GEW und möchte auf die Missstände von Leiharbeit in den Bremer Schulen aufmerksam machen. Vor allem wirbt sie für Solidarität mit den betroffenen KollegInnen. Deshalb bitten wir die

LeserInnen der BLZ, die beiliegende Postkarte auszufüllen und in der Bremer GEW-Geschäftsstelle abzugeben oder dorthin mit der Post zu schicken. Die gesammelten Postkarten werden in einer Aktion der Senatorin überreicht.



Die Antworten der Parteien auf die Forderungen der GEW:

Abbau prekärer Beschäftigung

- **Übernahme der bei nicht tarifgebundenen Trägern und Schulvereinen beschäftigten pädagogischen MitarbeiterInnen an Schulen in den öffentlichen Dienst**
- **Tarifliche Bezahlung und eine vertragliche Arbeitszeit, die eine Sicherung des Lebensunterhalts ermöglicht.**
- **Aufstockung geht vor Neueinstellung.**
- **Aufnahme der Lehrbeauftragten Honorarkräften und Werkverträgen in den Geltungsbereich des Bremischen Personalvertretungsgesetzes.**

SPD

Gute Arbeit muss auch für den Bildungs- und Wissenschaftsbereich gelten, ohne Ausnahme!

Grüne

- Die Grünen finden das grundsätzlich richtig. Generell bedarf es hierbei aber einer Differenzierung bezüglich der Aufgaben der MitarbeiterInnen, des zeitlichen Rahmens, im Bereich Inklusion und Ganztagschulen.
- Im Zuge der auch von der GEW geforderten demokratischen Beteiligung an den Schulen (auch was die Einstellung/Weiterbeschäftigung von Personal angeht) finden wir, dass diese Entscheidungen die Schulkonferenz, das Kollegium sowie die Schulleitung im Einzelfall fällen sollten.
- Das Personalvertretungsgesetz gilt für Beamte, Beamtinnen und ArbeitnehmerInnen. Honorarkräfte, Lehrbeauftragte und WerkvertragsnehmerInnen sind im rechtlichen Sinne Selbstständige. Diese Trennung zwi-

schen unselbstständiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit aufzuheben ist nicht so ohne Weiteres machbar. Denkbar wäre eine Debatte, ob der Umfang der Vergabe dieser Verträge an die Mitbestimmung geknüpft werden könnte.

CDU

Beim Blick auf die derzeitige Haushaltslage des Bundeslandes Bremen, ist eine vollumfängliche Übernahme der Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den öffentlichen Dienst nach unserer Auffassung nur schwerlich darstellbar. Wir setzen uns aber dafür ein, Dienstleistungen an einem Schulstandort möglichst nur aus einer Hand zu realisieren. Der von der Bundesregierung eingeführte Mindestlohn wird in Zukunft auch im schulischen Bereich dafür Sorge tragen, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse der Vergangenheit angehören. Die geforderte Ausweitung des Personalvertretungsgesetzes wird von unserer Seite zurzeit nicht für Notwendig erachtet.

Linke

Vorweg: Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass Kinder nicht durch Unterrichtsausfall plötzlich vor der Haustüre stehen. Schon das ist oft nicht erfüllt. Schulleitungen sollen eigentlich die Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit an ihren Schulen anleiten. Stattdessen verbringen sie einen Großteil ihrer Leitungszeit mit den Folgen unzureichender Ausstattung und Verlässlichkeit. Dringend erforderlich ist eine Stundenausstattung der Schulen nicht mit 98% der notwendigen Lehrerstunden, sondern mit 104% – das reicht dann auch für den normalen Krankenstand. Lehrerinnen und Lehrer sollen eigentlich darüber nachdenken, wie sie ihre unterschiedlichen SchülerIn-

nen besser dabei unterstützen, Zugang zum Lehrstoff und seinem Verständnis zu entwickeln. Dafür haben sie aber gar keine Zeit: Durch die gestiegenen Anforderungen von Schulreform und Inklusion bleibt für die Unterrichtsvorbereitung praktisch nichts mehr übrig. Die Zahl der Unterrichtsstunden pro Lehrkraft muss daher gesenkt werden. Auch die Arbeitsbedingungen müssen inklusiver werden.

Im Bildungssystem arbeiten nicht nur Menschen mit Dauerstellen, sondern in verschiedenen Bereichen (z.B. Betreuungskräfte an Ganztagschulen). Die Anstellung dieser Personen läuft über unterschiedlichste Vertragsformen wie Honorarverträge oder Werkverträge. Überwiegend sind diese Verträge auf das Schuljahr befristet und werden bei Bedarf verlängert. Für diese Beschäftigten muss es endlich Arbeitsverträge unter Anwendung der Tarifverträge geben. Die Forderungen der GEW, die bestehenden Arbeitsverträge zunächst aufzustocken und Lehrbeauftragte, Honorarkräfte und Werkverträge, die wir auf ein nötiges Minimum reduzieren wollen, in den Geltungsbereich des Bremischen Personalvertretungsgesetzes aufzunehmen, teilen wir.



Demonstration am 03. März

■ Seit Mai letzten Jahres herrscht Unruhe an den Hochschulen in Bremen. Mit der Vorlage zum »Wissenschaftsplans 2020« machte die Senatorin für Bildung und Wissenschaft den Aufschlag zur Diskussion um die nächste Sparrunde. Über 90 Stellen sollen bis zum Jahr 2020 an den Bremer Hochschulen abgebaut, die Zahlen der Studierenden aber konstant auf hohem Niveau gehalten werden. Inzwischen hat sich die Debatte von der Landesebene an Uni und Hochschulen verlagert. Bis jetzt

die Sitzungen des Akademischen Senats (AS) »gesprengt« und so eine Beschlussfassung verhindert. Es muss im Nachhinein aber konstatiert werden, dass die Strategie der senatorischen Behörde voll aufging: Indem zentral nur allgemeine Kennzahlen vorgegeben wurden, wurde der Kampf nicht in der Stadt um ein größeres Stück vom Haushalt geführt, sondern an den Hochschulen wurde darum gerungen, wessen Stelle wieder besetzt wird. Die Studierenden, die dieses unsolidarische Spiel nicht mitspielen wollten, fanden kein Gehör. Die Kürzungen folgten dabei weitestgehend einer demographischen Logik. Fächer, in denen Pensionierungen anstanden, wurden geschlossen oder dezimiert, wie beispielsweise Behindertenpädagogik oder Chemie.

Die Umsetzung der Hochschulgesamtplans V erwies sich dabei insbesondere an der Universität als schwieriger als gedacht. Der Stellenabbau, der bis zum Jahr 2010 prognostiziert war, ging bei weitem nicht so schnell vonstatten. Erst im Sommer 2014 wurde mit den Integrierten Europastudien das letzte Fach in Folge des Beschlusses vom Frühjahr 2008 abgewickelt. Auch an anderen Stellen konnte die Uni nicht so viel Personal sparen, wie vorgesehen. Sie ist schlichtweg an die Untergrenzen dessen gestoßen, was sie zum Funktionieren braucht. Folglich sammelt die Uni seit einigen Jahren ein Defizit an, weswegen das Rektorat seit Mitte 2013 nach Möglichkeiten zum Sparen sucht – bis jetzt jedoch erfolglos.

Die Pakte

Parallel zum Abschmelzen des Kerns der Hochschulen wuchsen sie paradoxerweise. Grund hierfür sind die verschiedenen gemeinsamen Initiativen von Bund und Ländern, die temporär den Hochschulen zusätzliche Gelder zur Verfügung stellen. Am bekanntesten ist die Exzellenzinitiative, die 2012 auch die Uni Bremen in den erlauchten Kreis der »Elite-Unis« aufnahm. Erhebliche zusätzliche Gelder brachte außerdem der Hochschulpakt, mit dem der Ausbau von Studienplätzen sichergestellt wurde. Besonders die Hochschule Bremen hat von diesem Pakt profi-

tiert und ihre Studierendenzahlen massiv erhöht. Dies war politisch gewollt, da an der Uni parallel Studienplätze verloren gingen, das Land aber so insgesamt seine Ausbildungsverpflichtung einhalten konnte. 2007 als einmalige Sondermaßnahme für drei Jahre geplant, wurde dieser Pakt inzwischen bis 2020 verlängert. Aus einer kurzfristigen Hilfe des Bundes wurde also ein mittelfristiges Projekt. Exzellenz-Initiative und Pakt sind dabei die größten, aber nicht die einzigen Sonderprogramme, mit denen der Bund die Hochschulen mitfinanziert, die inzwischen von diesen staatlichen Projektmitteln abhängig sind. Bund und Länder verabschieden sich so aus der Verantwortung, den Hochschulen dauerhafte Perspektiven für ihre Arbeit zu liefern.

Die Hochschulen in Bremen stellt dies vor widersprüchliche Ansprüche: einerseits sollen sie mittelfristig ihre Grundhaushalte verkleinern, damit verbunden Fächer streichen und den Grundstock an Studienplätzen abbauen. Gleichzeitig sollen sie kurzfristig erheblich mehr Studierende versorgen, als ihre Grundaustattung vorsieht. Ausbaden müssen dieses Paradox die MitarbeiterInnen an den Hochschulen, deren Situation inzwischen fatal ist. Sie bekommen nur noch Kurzzeitverträge, maximal für die Laufzeit eines Paktes. In Deutschland hat sich dadurch ein akademisches Wanderprekariat gebildet, das von Hochschule zu Hochschule zieht, um vorübergehende Projektmittel mitzunehmen.

Wissenschaftsplan 2020

Der Widerspruch zwischen schrumpfendem Kern und wachsenden Aufgaben wird nun durch den »Wissenschaftsplan 2020« erneut verstärkt. Besonders der Universität und der Hochschule Bremen wird wieder eine Absenkung der Anzahl festangestellter MitarbeiterInnen bei weiterhin hoher Studienkapazität auferlegt.

An der Uni müssen bis 2020 10 Millionen Euro gespart werden. Zur Disposition steht der Studiengang Psychologie, eines der großen und beliebten Fächer. Auch diese Kürzung ist wieder rein demographisch motiviert, bis 2020 verlassen alle Pro-

Kürzen und Befristen

Wie das Land Bremen seine Hochschulen kaputt spart

Johannes Bock

ohne Ergebnis, da sich insbesondere die Studierenden massiv gegen das Spardiktat von oben wehren. Die aktuellen Auseinandersetzungen können dabei nicht ohne die Ab- und Umbau-Prozesse an den Hochschulen im letzten Jahrzehnt betrachtet werden.

Hochschulgesamtplan V

Der aktuelle »Wissenschaftsplan 2020« ist bereits der sechste Hochschulgesamtplan des Landes Bremen. Mit diesen Plänen gibt das Land finanzielle Rahmenbedingungen vor und trifft mit den Hochschulen Vereinbarungen über die Schwerpunkte in Forschung und Lehre. Der Charakter der Vorgaben hat sich dabei seit dem Jahr 2000 radikal geändert. Ursprünglich wurden die Hochschulen anhand dieser Pläne ausgebaut, im neuen Jahrhundert fanden jedoch nur noch heftige Einschnitte in der Wissenschaftslandschaft statt. So wurde z.B. die Anzahl der Planstellen für Professuren an der Uni seit dem Jahr 2003 von 350 auf 235 im Jahr 2013 reduziert.

Bereits der Hochschulgesamtplan V war heftig umkämpft. Vor allem 2007 wurde die Auseinandersetzung massiv an der Uni geführt, damals hatten die Studierenden regelmäßig

fessorInnen des Faches die Uni. Spareffekt: 2 Millionen Euro. Zusätzlich liegt eine umfangreiche Sparliste vor, die an verschiedenen Studiengängen und Forschungsinstituten Kürzungen vorsieht. Aktuell umfasst die Liste aber nur Einsparungen über 5,8 Millionen Euro. Es bleibt immer noch eine Finanzierungslücke – die Uni ist schlichtweg am Ende dessen angekommen, was aus ihr rauszupressen ist. Verzweifelt hat das Rektorat schon nach Studiengebühren gerufen, zum Glück ohne Gehör zu finden. Beschlossen wurde bis jetzt jedoch nichts, denn seit Dezember verhindern Studierende wieder eine Sitzung des AS nach der anderen.

Bemerkenswert an den Sparvorschlägen ist, dass die Vorstellung der Universität Bremen als breit aufgestellte Forschungsuniversität aufgegeben wird. Im erfolgreichen Antrag zur Exzellenzinitiative hatte man versprochen, gerade die bisher schwächeren Forschungsbereiche gezielt zu fördern und so eine Exzellenz über die gesamte Uni hinweg zu erreichen. Von diesem Ziel hat man sich nun in Behörde und Rektorat verabschiedet, eine Verengung auf das Kernprofil der Uni wird angestrebt. Ob man damit aber noch einmal den Status als Exzellenz-Uni sichern wird, ist zu bezweifeln.

Auch die Hochschule Bremen wird unter dem Schlagwort der Profilschärfung verkleinert. Der Kapazitätsausbau ging zu weit, urteilt das Land, man müsse nicht Studiengänge für vielfältige Interessen anbieten. So sieht also der Dank dafür aus, dass die Hochschule durch massives Wachstum überhaupt dafür gesorgt hat, dass das Land seine Zusagen im Hochschulpakt eingehalten hat. Von den Einsparungen sind besonders die wirtschafts- und geisteswissenschaftlichen Fächer betroffen. Volkswirtschaft wurde bereits im Dezember 2014 per AS-Beschluss gestrichen, die anderen Fächer der WiWi-Fakultät sollen erhalten bleiben, aber in der Lehre enger zusammen arbeiten. Für die Studierenden bedeutet dies wohl Massenvorlesungen statt kleiner Kurse. Das Fach Politikmanagement wurde gegen den Vorschlag der Behörde erst einmal am Leben gehalten, umkämpft ist der Studiengang Journalistik. Während das Rektorat

diesen abräumen möchte, wehren sich auch hier die Studierenden und haben an der Hochschule ebenfalls eine Sitzung des AS blockiert und so eine Beschlussfassung erst einmal aufgeschoben.

BAföG-Millionen

Aberwitzigerweise findet diese Debatte statt, während dem Land Bremen mehr Geld zur Verfügung steht. Seit Januar trägt der Bund alleine die Kosten für das BAföG und hat dadurch die Länder entlastet – unter der deutlichen Aufforderung, mit diesem Geld die Grundhaushalte der Hochschulen zu stärken und die unsägliche Praxis der Kettenverträge für wissenschaftliches Personal einzudämmen.

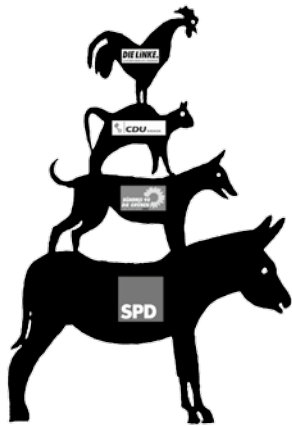
In Bremen stehen 17 Millionen Euro zusätzlich im Jahr zur Verfügung, von diesen kommen jedoch nur drei Millionen in den Grundhaushalten der Hochschulen an. Sieben Millionen gehen an die Schulen, mit drei Millionen soll marode Bausubstanz saniert werden. Es bleiben vier Millionen Euro, deren Verwendung unter den Bedingungen der aktuellen Kürzungen skandalös ist. Für diese Summe soll ein Zukunftsfond für

neue Projekte in der Hochschullehre gebildet werden, wieder nur zeitlich befristet. Dass angesichts der aktuellen Situation erneut Projektstellen geschaffen werden, statt mit dem Geld die bedrohten Fächer dauerhaft zu retten, ist absurd und eine Bevormundung der Hochschulen, deren Autonomie sonst immer so betont wird.

Aussichten

Zumindest bis Redaktionsschluss standen an den Hochschulen die Kürzungsbeschlüsse aus. Es bleibt zu hoffen, dass die Rektorate der Hochschulen die Sparmaßnahmen noch nicht in Kraft setzen. Vielleicht können die Studierenden an den Hochschulen mit ihrer Forderung Gehör finden: sie wollen das interne Gerangel um die zu knappen Mittel beenden und gemeinsam mit den Angehörigen aller Studiengänge solidarisch für eine volle Ausfinanzierung der Hochschulen durch das Land streiten. Schaffen es die Hochschulen, ihre Unterfinanzierung zu einem Thema im Bürgerschaftswahlkampf zu machen, können sich auch im knappen Bremer Haushalt noch Spielräume auftun.





Die Antworten der Parteien auf die Forderungen der GEW:

Ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen



- **Sicherstellung einer ausreichenden, dauerhaften Grundfinanzierung der Hochschulen, um Rahmenbedingungen zu schaffen, welche bedarfs- und nachfragegerecht die inhaltliche Vielfalt und die Qualität von Lehre und Forschung gewährleisten.**
- **Kein Abbau von Studienplätzen und keine Reduktion des Studienangebots aus finanziellen Gründen.**

SPD

Auf Grundlage des im Auftrag von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft erstellten Gutachtens des Wissenschaftsrats wurde der »Wissenschaftsplan 2020« vorgelegt mit dem Ziel, die hohe Qualität, Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und für die Hochschulen einen stabilen finanziellen Rahmen und damit Planungssicherheit zu schaffen.

Ungeachtet der schwierigen Haushaltslage wird im Wissenschaftsbereich keineswegs gekürzt, sondern die aktuelle Finanzausstattung mit dem zuletzt erreichten Zuwachs fortgeschrieben. Um wichtige Bereiche stärken und neue Angebote realisieren zu können, sind die Hochschulen jedoch gehalten, jeweils entsprechend ihrer jeweiligen Stärken ihr Studienangebot zu überprüfen, zu

straffen und profulgerecht zu bündeln und besser miteinander zu kooperieren. Die durch Umschichtungen frei werdenden Mittel verbleiben im System, sie dienen der Stärkung bestehender Angebote und der Entwicklung von neuen Angeboten.

Wir werden die neu entstandenen finanziellen Spielräume durch die Übernahme der BAföG-Anteile der Länder durch den Bund komplett für die Bereiche Bildung und Wissenschaft einsetzen und in diesem Rahmen auch die Grundfinanzierung der Hochschulen in Abhängigkeit von der Studierendenzahl erhöhen.

Grüne

- Die Sicherstellung einer ausreichenden Grundfinanzierung ist zentrales Anliegen grüner Politik. Deshalb bekommt der Hochschulhaushalt auch mehr Geld zur Verfügung als in der Vergangenheit. Aus den BAföG-Mitteln werden den Hochschulen im Lande Bremen insgesamt 9,19 Mio. € pro Jahr zur Verfügung gestellt, hiervon 2,3 Mio. Euro für Investitionen in bauliche Sanierungen der Hochschulen und studentisches Wohnen. 6,89 Mio. Euro dienen als Erhöhung der Grundfinanzierung und im Rahmen eines Zukunftsfonds für die notwendige Umstrukturierung im Rahmen des Wissenschaftsplans. Außerdem in den Mitteln enthalten ist ein Ansatz von fast 1 Mio. Euro für spezielle Förderungen, insbesondere Frauenförderung, Internationalisierung und Diversität. So wollen wir gewährleisten, dass die Hochschulen für ihre Studienplätze ausreichend Personal einstellen und den Sanierungsstau an den Hochschulen schrittweise abbauen können. Wir haben außerdem dafür gesorgt, dass das Programm »Gute Lehre« auf 8 Mio. € jährlich aufgestockt und verstetigt wurde. Für die Haushalte 2014/15 haben wir zusätzlich insgesamt 4,8 Mio. € für die Verbesserung der Lehre und weitere 9 Mio. € für Sanierungsmaßnahmen bereitgestellt. Außerdem wurde der Wissenschaftshaushalt von Tarifsteigerungen, der Kofinanzierung der Exzellenzinitiative sowie Mehrkosten der überregionalen Forschungsförderung entlastet. Aus dem neuverhandelten Hochschulpakt hat Bremen die Chance,

189 Mio. € zu erhalten. Die Universität erhält nach 2017 eine weitere Chance, ihr Zukunftskonzept im Rahmen der Exzellenzinitiative weiterzuentwickeln. Aus der jetzigen Phase der Exzellenzinitiative erhält die Uni ca. 80 Mio. € Bundesmittel. Der Bund übernimmt ab 2016 den Aufwuchs im Pakt für Forschung und Innovation, auch das entlastet den Wissenschaftshaushalt. Dennoch werden für die riesigen Herausforderungen im Wissenschaftsbereich weitere Anstrengungen des Bundes nötig sein. Die Lockerung des Kooperationsverbotes muss der Bund nun mit Leben füllen und dauerhaft Projekte an den Hochschulen finanzieren. Aus Sicht der Grünen wäre eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes besser gewesen, die mit Schwarz-Rot leider nicht zu machen war. Auch für den Hochschulbau muss der Bund noch eine Lösung finden, denn der Sanierungsstau in ganz Deutschland ist erheblich.

- Auf unsere grüne Initiative hin ist es gelungen, im Wissenschaftsplan 2020 die Anzahl der vorhandenen Studienplätze zu sichern. Es ist uns wichtig, eine hohe Anzahl von Studienplätzen vorzuhalten, damit möglichst viele Menschen die Chance haben, ein Studium aufzunehmen. Auch Menschen ohne Abitur sollen den Weg an die Hochschulen schaffen. Wir setzen uns ein für den Ausbau des Angebots dualer Studiengänge, mehr Teilzeitstudienangebote und die bessere Vereinbarkeit von Studium und Familie. Durch die aktuelle Vereinbarung der Ministerpräsidentenkonferenz zum Hochschulpakt kann das Bundesland Bremen 13.000 Euro pro zusätzlichem Platz für StudienanfängerInnen erhalten. Das kann einer Summe von bis zu 189 Millionen Euro entsprechen. Damit hat das Bundesland Bremen trotz Haushaltsnotlage gute Voraussetzungen, der sehr hohen Studienplatznachfrage gerecht zu werden und jungen Menschen gute Chancen auf exzellente Ausbildung zu bieten.

CDU

Die CDU Bremen kritisiert seit Langem die drastische Unterfinanzierung der Bremischen Hochschulen und begrüßt vor diesem Hintergrund

daher ausdrücklich die Lockerung des Kooperationsverbots auf Bundesebene. Um das derzeitige hohe Niveau dauerhaft halten und Kürzungen nach dem »Rasenmäher-Prinzip« verhindern zu können, spricht sich die CDU für eine stärkere Schwerpunktsetzung aus. Ziel muss es sein, jedem jungen Menschen, der den Wunsch und die Befähigung dazu hat, ein qualitativ hochwertiges Studium anzubieten. Aufgrund des teilweise sehr hohen Verbesserungsbedarfs, was beispielsweise die Lehre oder die Raumssituation einzelner Hochschulen anbelangt, sowie der schwierigen Haushaltslage, sind sinnvolle Strukturanpassungen jedoch nicht auszuschließen.

Linke

An Uni und Hochschulen im Land studieren 35.000 Menschen, in der Wissenschaft arbeiten direkt und indirekt über 20.000 Beschäftigte. Dennoch führt die Landesregierung seit Jahren massive Kürzungen durch, die den Hochschulstandort Bremen gefährden. Die Summe, die Bremen aktuell für die Hochschulen und Institute ausgibt, liegt unter der von vor 10 Jahren. Im vergangenen Jahr verabschiedete der Senat gegen die Proteste von Studierenden, Beschäftigten und der LINKEN den Wissenschaftsplan 2020, mit dem einschneidende Kürzungen und Fächerschließungen verbunden sind. Bremen wird auf Grund der aktuellen Kürzungsrunde mehrere tausend Studienplätze verlieren, SchülerInnen werden sich nach ihrem Abschluss in anderen Bundesländern bewerben müssen, die Konkurrenz um die vorhandenen Studienplätze wird größer und die Zugangshürden zum Studium werden weiter verschärft. Der Personalabbau in Lehre und Verwaltung führt zu höherer Arbeitsbelastung was zudem die Studienbedingungen verschlechtert. Die Forderungen des Gewerkschaftstages teilen wir.

Eine auskömmliche Finanzierung des Wissenschaftsbereich, einschließlich der notwendigen Sanierungen beziffern wir mit zusätzlichen ca. 17 Millionen jährlich.



Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft

Dauerstellen für Daueraufgaben

- **Einhaltung von Mindeststandards bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen, insbesondere hinsichtlich Vertragslaufzeit und Stellenumfang**

SPD

Wir unterstützen die Forderung nach Dauerstellen für Daueraufgaben und Mindeststandards bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Vertragslaufzeit und des Stellenumfanges. Weiter setzen wir uns für eine Verbesserung der Vergütung von Lehrbeauftragten ein.

Grüne

- Für uns ganz klar: Daueraufgaben müssen auf Dauerstellen erledigt werden.
- Mit unserem grüninitiierten Parlamentsbeschluss zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz setzen wir uns für bessere und verlässlichere Arbeitsbedingungen ein. Wir wollen u.a., dass Promovierende und Habilitierende vertraglich festgelegt ausreichend Zeit zur Qualifizierung bekommen, dass Drittmittelverträge an die Projektlaufzeiten gebunden werden und dass die Tarifsperr aufgehoben wird, um vorzeitige Entfristungen zu ermöglichen.

CDU

Insbesondere im Bereich des akademischen Mittelbaus besteht nach Ansicht der CDU Bremen Handlungsbedarf. Die Tendenz, dauerhafte Aufgaben durch befristetes

Personal durchführen zu lassen, muss eingedämmt und die Zahl der unbefristeten Stellen erhöht werden. Zwar lehnt die CDU Bremen das Mittel der Befristung nicht generell ab, doch sieht sie Ketten- und Kurzzeitverträge von teilweise unter einem Jahr kritisch und spricht sich deswegen für Nachbesserungen aus. Um das Berufsfeld Hochschule auch weiterhin attraktiv zu halten, muss beispielsweise sichergestellt werden, dass für die Qualifikationsphase ausreichend Zeit und für Post-Doktoranden reelle Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung vorhanden sind, weswegen die CDU Bremen diesen Forderungspunkt unterstützt.

Linke

Für gute Lehre braucht es gute Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft. Aus unserer Sicht gibt es für sachgrundlose Befristungen, von denen besonders häufig Frauen betroffen sind, an öffentlichen Hochschulen keine Berechtigung. Daueraufgaben müssen grundsätzlich mit Dauerstellen besetzt werden. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss umfassend reformiert werden und in Bremen braucht es eine Entfristungs-Offensive für technisches und wissenschaftliches Personal. Für junge WissenschaftlerInnen muss es planbare Karrierewege in der Wissenschaft geben. DIE LINKE unterstützt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen die GEW-Forderungen im »Herrschinger Kodex«.

Studierende besetzen den Akademischen Senat

■ Am Samstag d. 7. Februar fand im DGB-Haus der Fachtag Inklusion statt. Als Gäste begrüßten die TeilnehmerInnen Ilka Hoffmann, Leiterin des Vorstandsbereichs Schule im GEW-Hauptvorstand, und den Landesbehindertenbeauftragten Joachim Steinbrück. Beide gaben zu Beginn einen Überblick über den Umsetzungsstand der Inklusion aus der Sicht ihres Arbeitsfeldes. Anschließend fanden schulstufenspezifische Arbeitsgruppen statt, die einzelne Probleme erörterten und Forderungen formulierten. Wir dokumentie-

Fachtag Inklusion

ren von diesem Fachtag auszugsweise die Eröffnungsrede von Landesvorstandssprecher Christian Gloede und den Text eines auf dem Fachtag erarbeiteten Memorandums, für das zurzeit noch Unterschriften gesammelt werden.

Aus der Eröffnungsrede von Christian Gloede:

Liebe Kolleginnen und Kollegen ... Die Diskussion um Inklusion ist eine, wenn nicht die bedeutendste Frage der Umsetzung der Bremer Schulreform. Sie umfasst nämlich auch die Fragen der Oberschul- und Oberstufenentwicklung, wie die der Verbesserung der Bildungschancen. Inklusion wird dann zum Paradigmenwechsel in der schulischen Bildung, wenn sich schulischer Alltag (also die dort agierenden) grundsätzlich auf die einstellt, die da sind – in all ihrer Verschiedenheit. Das ist die große Herausforderung, die nicht mit gesellschaftlicher Realität einher geht. Herrschendes Schönheitsideal, Leistungsorientierung und Bewertungssysteme, Körperkult u.v.m. konterkarieren eher das Bild einer inklusiven Gesellschaft.

Sollten uns nicht steigende Zahlen von Schwangerschaftsabbrüchen aufgrund genetischer Indikation und nach humangenetischer Beratung aufhorchen lassen? Oder anders: Müsste nicht ein Jubelschrei durchs Land gellen, dass das Institut für Humangenetik in Bremen geschlossen oder weg-

gekürzt werden soll – waren es nicht auch oder gerade die humangenetischen Beratungsstellen, die die Debatte um lebenswertes oder -unwertes Leben geführt und gefordert haben, deren Gipfel wir vor einigen Jahren in der Peter-Singer-Debatte (Stichwort: Kosten-Nutzen-Analyse) hatten und die sich schleichend und leise, weil kaum WiderständlerInnen, gesellschaftlich festsetzt?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bzgl. einer fortschrittlichen Behindertenpolitik kann Bremen mit seinem Inklusionsschulgesetz an den guten alten Traditionen anknüpfen: 1977 gab es in Bremen die erste Krüppelgruppe bundesweit, im Jahr der Behinderten (1981) hieß das allgemeine Motto »Miteinander leben – einander verstehen) während die Krüppelbewegung den Slogan prägte: »Jedem Krüppel einen Knüppel« (Franz Christoph machte seinerzeit ernst und schlug auf den Bundespräsidenten ein...), 1986 das erste »Zentrum für selbstbestimmtes Leben«, wieder in Bremen; hier ging es um Selbstkompetenz behinderter Menschen und eine Auseinandersetzung mit Abhängigkeit von Hilfe. Es entstand die Idee der »Assistenz-Genossenschaft«; hier wurde quasi Hilfe auf Abruf bereit gestellt, der behinderte Mensch hatte die Personal- und Anleitungskompetenz. Aber, und auch das hat die Singer-Debatte deutlich gemacht, Selbstbestimmung hat nichts mit grundlegender und gesellschaftlicher Akzeptanz zu tun. 1984 erste integrative Kitas in der Bremischen Evg. Kirche (mit Georg Feuser als wissenschaftliche wie fordernde Begleitung), dann erste Integrationsklassen an der Schule Robinsbalje. Lang ists her und die Ausstattung wurde nicht besser – im Gegenteil: Im Kita-Bereich haben wir vor einigen Jahren durch die Einführung der Dreigliedrigkeit »Regelkita«, Indexkita (soziale Benachteiligung), und Schwerpunktkita (als Inklusionseinrichtungen) ein gruseliges Rollback erleben müssen.

Inklusion in Kita und Schule ist dann (für behinderte Menschen) relevant, wenn die gemeinsam erlebten Bildungsprozesse dazu führen, selbstbestimmt und selbstbewusst ein Leben ohne Diskriminierung führen zu kön-

nen – von beiden Seiten und verhindern, dass die Zahl der Beschäftigten in Behindertenwerkstätten (natürlich ohne Tariflohn) weiter ansteigt (bald 350.000, überwiegend nicht freiwillig!). Lasst mich hier noch erwähnen, dass noch 2004 90% der Eingliederungshilfen in den stationären Bereich flossen, obwohl das Gesetz als Grundsatz »ambulant statt stationär« vorsieht, aber kein Wunder bei ca. 16.000 Pflege- und Behindertenheimen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, entschuldigt diesen kleinen Exkurs zur Behindertenpolitik.

Wir wollen uns heute aber aus guten Gründen mit Rahmenbedingungen beschäftigen, die Inklusion zu einem schulischen Erfolgsmodell machen. Vor allem muss die Sache der Inklusion aus der Exklusivität des sonderpädagogischen Diskurses heraus! Die Inklusion fängt nicht im Klassenzimmer an, sondern im Lehrerzimmer, in den Jahrgangsteams, in den Köpfen der KollegInnen! Kommunikation, also Zeit ist hier ein wesentlicher Faktor und die Gewissheit, mich und andere als Lernende in diesem Prozess begreifen zu können. Aber, ich sage auch: diesem Lernen darf sich niemand verschließen, aber jede/r darf/muss für dieses Lernen kämpfen. Wir sind uns einig in der Bewertung des »Ist« als unzureichend, wir müssen uns einig werden in der Entwicklung einer kleinschrittigen, aber zielorientierten Widerstandskultur, die über das Formulieren des Unbehagens hinausgehen muss! Wir wollen keine allgemeinen Verbesserungen durchsetzen, sondern Veränderungen in der Gestaltung schulischen und unterrichtlichen Alltags! Dazu benötigen wir eine andere als die jetzige Ausstattung – personell wie räumlich! Erst das führt zu Verbesserungen in der Schulqualität, zu besseren Perspektiven für Kinder und Jugendliche und zu mehr Zufriedenheit bei Lehr- und anderen Fachkräften durch Entlastung!

Wir wollen heute Widersprüche aufzeigen zwischen schulischer Realität und notwendigen Gelingensbedingungen. Wir brauchen keine ideologische Debatte, wir brauchen die Formulierung kurzfristig erreichbarer und durchsetzbarer Ziele mit den entsprechenden Handlungsoptionen.

Und gerade hier müssen wir eine Geschlossenheit entwickeln. Das brauchen wir, um die Spaltung von Kollegien, die Spaltung der GEW an dieser Frage zu verhindern! Wir müssen als GEW fachlich und bildungspolitisch die Diskussion bestimmen, gewerkschaftspolitische Konsequenzen ziehen und Bündnisse schmieden. Dann werden wir auch erfolgreich für uns und die Inklusiv Schule sein!

Aus dem Memorandum: Die Inklusion in Schule und Bildungspolitik ins Zentrum rücken

Inklusion ist das selbstverständliche Zusammenleben aller Menschen im Sinne einer gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, unabhängig von individuellen Merkmalen wie Herkunft, Geschlecht, Sprache, Religion, Fähigkeiten und Behinderungen. In der Präambel der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wird unterstrichen, dass jeder Mensch ohne Unterschied Anspruch auf alle in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aufgeführten Rechte und Freiheiten hat. Für den schulischen Bereich bedeutet dies, dass

- alle Kinder und Jugendliche in die gleiche Schule gehen und behinderte und nicht behinderte Schülerinnen gemeinsam lernen können.
- die schulischen Mitarbeiterinnen gut ausgebildet und für alle Schülerinnen da sind, so dass diese die für sie notwendige Unterstützung erhalten.

Im Juni 2009 hat die Bremer Bürgerschaft einstimmig beschlossen, dass alle Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf das Recht haben, allgemeine Schulen zu besuchen (Bremer Schulgesetz, § 3(4)). Damit wurde eine wichtige Voraussetzung für die schulische Inklusion in Bremen geschaffen.

Die Entwicklung und Umsetzung schulischer Inklusion ist die mit Abstand größte bildungspolitische Aufgabe unserer Zeit. Sie erfordert ein grundlegend verändertes Verständnis von Schule und eine umfassende Unterrichts- und Schulentwicklung. Die inklusive Schule ist im

Interesse aller Schülerinnen ein lohnendes Ziel. Sie ist die Schule der Zukunft.
(...)

Die Inklusion stellt hohe Anforderungen an die politisch Verantwortlichen

Von den politisch Verantwortlichen in Bürgerschaft und Senat und von der Bildungsbehörde müssen die notwendigen Rahmenbedingungen für eine gelingende Inklusion geschaffen werden. Dazu gehören:

- Ausreichende Zeitkontingente für die multiprofessionelle Kooperation der Lehrerinnen, Sonderpädagoginnen, Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen.
- Bildungspläne, die für das gemeinsame Lernen von Schülerinnen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf geeignet sind.
- Kompetenz- und entwicklungsorientierte Lern- und Leistungsrückmeldung verbindlich für alle Grund- und Oberschulen.
- Ausreichend Differenzierungs-, Ruhe- und Therapieräume.
- Die systematische Reduzierung baulicher Barrieren in Bremens Schulen.
- Die Ausrichtung der Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen auf inklusive Pädagogik und Didaktik bei Erhaltung einer hohen sonderpädagogischen Fachkompetenz.
- Zeitkontingente für alle an Schule Tätigen zur Fortbildung in inklusiver Didaktik und inklusiver Schulentwicklung.
- Mehr Unterstützungsangebote für die Entwicklung einer inklusiven Schul- und Lernkultur für die einzelnen Schulen.
- Ein breites Hospitations- und Schulbesuchsangebot, um von den Inklusionserfahrungen anderer Schulen lernen zu können.
- Regelschulen, die Schülerinnen mit den Förderschwerpunkten geistige und körperliche Entwicklung, Hören, Sehen und Autismus unterrichten, werden personell, räumlich und sächlich so ausgestattet, dass sie eine vergleichbare Förderung, Therapie und Pflege wie die speziellen Sonderschulen gewährleisten können. Ihre Schul- und Lernkultur muss ein erfolgreiches gemein-

sames Lernen und die Potentialentwicklung aller Schülerinnen ermöglichen. Nur so wird für die Schülerinnen mit Behinderung und ihre Eltern das formale Recht auf Inklusion zu einem wirklichen Recht.

- Eine ausreichende systemische Personalzuweisung für die Schülerinnen mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung, die sich an der tatsächlichen Zahl der im Lande Bremen vorhandenen Schülerinnen mit den Förderschwerpunkten LSE orientiert. Für diese Schülerinnen werden Förderdiagnostik und Förderpläne aber keine Feststellungsgutachten erstellt.
- Individuelle Förderung ist das Recht aller Schülerinnen. Hierfür müssen über den sonderpädagogischen Förderbedarf hinaus ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen.

Die inklusive Schule ist ein lohnenswertes Ziel

Ihr Gelingen erfordert die Anstrengung aller Pädagoginnen, Mitarbeiterinnen und Eltern vor Ort. Von den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung erwarten wir, dass alles getan wird, um die erforderlichen Rahmenbedingungen herzustellen. Dazu gehört eine deutliche Erhöhung der personellen, räumlichen und sächlichen Ausstattung der schulischen Inklusion in Bremen.

Die BLZ im Internet

Auf der Homepage der GEW Bremen kann direkt auf der Startseite der Schriftzug BLZ angeklickt werden.

Viele gekürzte Artikel sind hier in ungekürzter Form nachzulesen.

■ Wo fängt Rassismus an? Wie erkennen wir alltägliche Diskriminierung und wie können wir darauf angemessen reagieren? Vor allem mit diesen Fragen beschäftigte sich der GEW-Fachtag »Vielfalt bildet! Diskriminierung erkennen und bearbeiten.« im Februar. Grundsätzlich ging es um eine Auseinandersetzung mit dem Problem Rassismus im Bildungsbereich: Wie können wir diejenigen, die von Rassismus betroffen sind, stärken, ob Lehrende oder Lernende? Wie können sich Institutio-

Alltagsrassismus ist allgegenwärtig

GEW-Fachtag »Vielfalt bildet« beleuchtete verschiedene Facetten von Diskriminierung im Bildungsbereich

nen und Interessierte stärker vernetzen, um gemeinsam Bildungsräume der Vielfalt, Anerkennung, Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu schaffen? Anlass für den Fachtag war ein Antrag auf dem Gewerkschaftstag 2013 auf den Ausschlussantrag von Martin Korol.

Die Veranstaltung war mit mehr als 40 Teilnehmern gut besucht, es mussten sogar Anmeldungen aus Kapazitätsgründen abgelehnt werden. Kompetente Vorträge und Moderationen in den Arbeitsgruppen sorgten für eine lebhaftere Beteiligung und dafür, dass es im Verlauf der Veranstaltung kaum Fluktuation gab. Am Ende wurde die Veranstaltung von allen Beteiligten als sehr positiv bewertet und die Bitte nach weiteren GEW-Veranstaltungen zu diesem Themenschwerpunkt begrüßt.

Jafer Akhzarati, Koordinator der GEW-Arbeitsgruppe AGIL (Arbeitsgruppe Interkulturelles Lernen), startete mit einem Input zum Förderprojekt »FARQ«. Jafer berichtete über seine Erfahrungen mit Jugendlichen mit so genanntem Migrationshintergrund an der Schule. Er erläuterte die Entstehung

des von ihm geleiteten Projekts zur Förderung von SchülerInnen mit Migrationshintergrund und bettete sie ein in seine Erfahrungen in Deutschland mit Rassismus: Gerade vor dem Hintergrund der jüngeren deutschen Geschichte, in der – bis heute – rassistische Anschläge oder rassistische Hetze Schlagzeilen machen, müssten sich die gesellschaftlichen Institutionen damit auseinandersetzen, welche ethnischen, kulturellen und religiösen Unterschiede in einem Einwanderungsland wie unserem existieren. In der Schule sollte so agiert werden, dass diese Unterschiede nicht zur Diskriminierung und Ausgrenzung von SchülerInnen führen, so Jafer Akhzarati.

Maike Koschorrek, Doktorandin an der Uni Bremen, folgte mit einem spannenden Impulsvortrag: Sie berichtete aus ihrer empirischen Forschung an Schulen zum Thema Alltagsrassismus und zu institutioneller Diskriminierung im Bildungskontext. In dem Zusammenhang geht es ihr – zehn Jahre nach dem »PISA-Schock« – auch um die Frage, warum es im Gegensatz zu den meisten anderen OECD-Ländern gerade in Deutschland nicht gelingt, den Schülerfolg von der kulturellen und sozio-ökonomischen Herkunft zu entkoppeln und warum es Kinder mit Migrationshintergrund an dieser Stelle doppelt trifft.

Die Expertin zeigte anschaulich, dass die Ursachen in unserem Bildungssystem selbst, bzw. in den institutionellen Handlungsweisen der Bildungseinrichtungen liegen. Sie sieht hierbei zum einen das deutsche Schulsystem als Ursache, das Kinder selektiert, statt unterstützt: Kinder aus Migrationsfamilien haben weniger Unterstützung zu Hause, sie sind häufig psychisch durch ihre transkulturelle Lebenssituation schwer belastet, ihre unzureichenden Deutschkenntnisse erschweren das Lernen und schwächen ihre Motivation – und sie werden viel häufiger in niedere Schulformen überwiesen. Die Diskriminierung liegt hier schon im zweigliedrigen Bildungssystem.

In ihrem Vortrag legte sie den Fokus auf den »Entstehungsprozess des Andersmachens bzw. Nicht-Passen-

Machens von Migranten« in Bildungseinrichtungen, auf den Alltagsrassismus: Es gibt einen indirekten Rassismus, der oftmals von den AkteurInnen nicht gewollt und selbst auch nicht wahrgenommen wird, der kein vornehmliches Problem der Vergangenheit und kein ausschließliches Randgruppenproblem ist. Es ist vor allem keine Ausnahme, von der sich »normale«, gebildete Menschen, die sich als liberal, tolerant und weltoffen verstehen, leicht distanzieren können. Ihre These: »Es ist kein Thema, über das ich alles oder genug weiß, weshalb es mir nicht passieren wird, rassistisch zu denken, zu sprechen, zu handeln.« Für diese Form des Alltagsrassismus, die sehr subtil und allgegenwärtig ist, berichtete über ein Erlebnis als anschauliches Beispiel: Eine Lehrerin entscheidet bei der Rollenbesetzung, dass in einem Krippenspiel ausgerechnet die einzigen vier Migrantenkinder die Hirtenrollen übernehmen sollen, während die Könige, Maria, Joseph und Jesus von den weißen Kindern gespielt werden. Obwohl sie den Umgang der Lehrerin mit den Kindern als zugewandt beschrieb, werden die Kinder – hochwahrscheinlich nicht beabsichtigt – real abgewertet.

Koschorrek machte an sich selbst deutlich, dass es notwendig ist, sich mit der eigenen Rolle differenziert auseinander zu setzen. Sie ist der statistische Prototyp des deutschen Schülerfolges: weiß, weiblich, ohne Migrationshintergrund und aus der Mittelschicht: »Das Nichtsehen der eigenen (privilegierten) Positioniertheit gilt es sehen zu lernen«. Weiß sein ist die Norm – die Norm ist ein Privileg.

Ihr Fazit lautete: Intention und offen-rassistisches Verhalten stehen nicht als einzige entscheidende Indizien für Rassismus, sondern der Alltagsrassismus ist allgegenwärtig – auch bei jedem von uns, die wir ihn bewusst ablehnen. Ihre Schlüsse für die Bildungspraxis: Lehrkräfte und PädagogInnen müssten – *schon in ihren Ausbildungen* – dafür sensibilisiert werden, ihn zu erkennen. Sensibilisierung bedeutet, die verschiedenen indirekten und nicht intentionierten Formen von Rassismus

emotional erfahrbar zu machen, das eigene Denken und Handeln zu hinterfragen. Damit ist aber auch ein Hinterfragen schulischer Strukturen inbegriffen: Was bedeutet es in der Schule, alle gleich zu behandeln, was bedeutet gleich?

In der sich daran anschließenden Diskussion wurde noch einmal die Notwendigkeit betont, dass die GEW sich für eine systemische Veränderung einsetzen muss, denn die Schule für alle ist eine der Grundvoraussetzungen, strukturelle Diskriminierung zu überwinden. Zum anderen wurde deutlich, wie wichtig Zusammenarbeit dabei ist, eigene »blinde« Flecken zu sehen.

In den anschließenden drei Arbeitsgruppen wurde sich intensiv praxis-

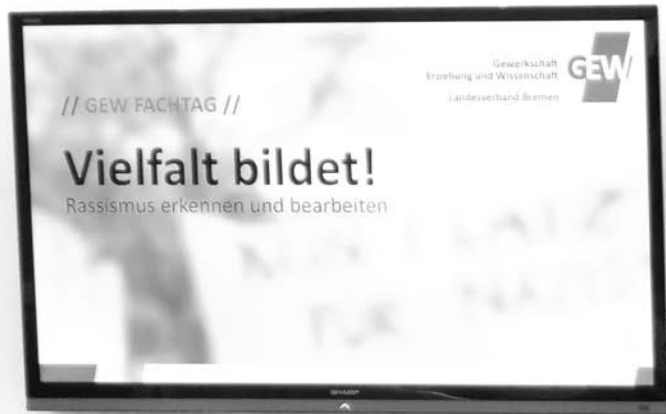
nah mit der Thematik auseinandergesetzt: Dardo Balko und Mira Levinson vermittelten sehr lebendig die Geschichte der Sinti und Roma, warum, welche Vorurteile im Zusammenhang mit ihrer Geschichte seit hunderten von Jahren bestehen und sich bis heute so zäh halten. Es wurde deutlich, wieviel Nichtwissen bei den Beteiligten besteht und welche ein hoher Aufklärungsbedarf besteht, um vor allem mit Roma-Kindern und ihren Familien mit eigenen Vorbehalten, Verständnisproblemen und Unsicherheiten umgehen zu können. Regina Piontek und Nermin Sali vertieften in der AG »Vernetzung gegen strukturelle Diskriminierung in Bildungseinrichtung« anhand verschiedener Beispiele für direkte und indirekte Diskriminierungen das Thema

des Alltagsrassismus und erarbeiteten mit den Teilnehmern praktische Strategien, wie diesem Problem entgegen zu wirken ist. Auch die Notwendigkeit die verschiedenen Möglichkeiten der Vernetzung in Bildungseinrichtungen waren ein zentrales Thema.

Dr. Ali Fathi thematisierte im Workshop »Sprache – Macht – Rassismus« anhand eigener Dominanzenerfahrungen der TeilnehmerInnen die Mechanismen, die zu negativer Verstärkung – also auch Ausgrenzung – von Menschen führen. Erarbeitet wurde, durch welche Instrumente und Methoden Wertschätzung, Anerkennung und Gleichberechtigung gefördert werden können.

Das Eingangsreferat und die Workshops waren hervorragend aufeinander abgestimmt. In den Arbeitsgruppen hat sich genau das praktisch wiedergefunden, was Maike Koschorrek gefordert hat: eine Sensibilisierung der Akteure in Bildungseinrichtungen über verschiedene Themenschwerpunkte. Das Thema der Veranstaltung war hervorragend ausgefüllt – dank Mira Levinson.

Petra Lichtenberg,
 GEW-Vorstandssprecherin



■ Das groß angelegte Kooperationsprojekt Jugendberufsagentur startet. So viel ist sicher. Offiziell am 1. Mai, am Tag der Arbeit – politisch gewollt neun Tage vor der Bürgerschaftswahl am 10. Mai. Ob es dann – wie erwünscht, propagiert, versprochen – auch zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen kommt, bleibt aus Sicht von Experten wagen. »Der Planungsprozess ist intransparent. Die entscheidenden

Gefühle hat auch Michael Ecks, Leiter der »Berufspädagogischen Beratungs- und Steuerungsstelle« (BEST) an der Allgemeinen Berufsschule. Er wünscht sich mit Blick auf die geplante Jugendberufsagentur schon jetzt eine Ressourcenerweiterung: »Es muss klar sein, dass man bei Blutarmut nicht ohne Transfusion auskommt. Wohlklingende Absichtserklärungen und abstrakte Zielvorgaben der Politik reichen allein nicht aus, um die tatsächlichen Interessen und Bedarfe der Schülerinnen und Schüler beim Übergang in den Beruf zu berücksichtigen.«

zu wie für die drei behördlichen Ressorts. Entscheidungsträger und Verantwortliche sollen ab Mai 2015 nicht fragen »Bin ich zuständig?«, sondern das Motto der Jugendberufsagentur »Wir sind verantwortlich« verinnerlichen. Damit den Jugendlichen eine Beratung »aus einer Hand« geboten werden kann, ist es erforderlich, dass die Berater auch räumlich eng zusammenarbeiten. Die Initiatoren halten ein »Management by Teeküche« für einen möglichen Schlüssel zum Erfolg. Dafür müssen aber noch die Voraussetzungen geschaffen werden. Viel Zeit dafür bleibt nicht mehr.

»Management by Teeküche« startet im Mai

Jugendberufsagentur erfordert von den Beteiligten große Kooperationsbereitschaft

Karsten Krüger

Rahmenbedingungen sind nicht bekannt, die räumlichen Voraussetzungen unklar, meint Frauke Schüdde-Schröter, Expertin für Berufliche Bildung im Personalrat Schulen. Sie hält die Planungen zur Jugendberufsagentur lediglich für einen »Etikettenwechsel«. Die Aufgaben von Jobcenter und Berufsberatung sollen jetzt öffentlichkeitswirksam in der neuen Einrichtung verschmolzen werden. Und Schüdde-Schröter erwartet zudem eine »Verfolgungsberatung, durch die noch mehr Jugendliche restriktiv beraten werden.« Gemischte

Das Hauptziel der Jugendberufsagentur, die drei regionale Standorte in Bremen-Mitte und dann etwas später in Bremen-Nord und Bremerhaven haben wird, ist mehr als ambitioniert: Die drei Ressorts Bildung, Arbeit und Soziales wollen, dass zukünftig im Land Bremen kein junger Mensch unter 25 Jahren verloren geht. Für Wirtschafts-, Arbeits- und Häfensenator Martin Günthner soll die neue Institution bei der Umsetzung der Ausbildungsgarantie helfen. »Der Jugendberufsagentur spielt da eine entscheidende Rolle.« Auch Sozialsenatorin Anja Stahmann sieht Handlungsbedarf: »Wir müssen die jungen Menschen immer wieder ermuntern, auch wenn sie nicht sofort nach dem Verlassen der Schule eine Ausbildung anfangen können oder wollen – und auch wenn sie von sich aus erst mal nicht auf die Idee kommen, sich Unterstützung im Hilfesystem zu besorgen.«

Anschauungsunterricht in Sachen Jugendberufsagentur können die Bremer in Hamburg bekommen. Dort läuft das Projekt schon seit dem Jahr 2012. Nicht nur die beiden Stadtstaaten haben aber ein Grundsatzzproblem: Fehlende Ausbildungsplätze. Im Land Bremen sank nach einer Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) die Zahl der Ausbildungsverträge zum dritten Mal hintereinander – obwohl die Politik und Unternehmensverbände wiederholt von einem angeblich drohenden Fachkräftemangel sprechen. Natürlich mangelt es vielen Jugendlichen an Beratung und Orientierung bei der Berufs- und Ausbildungsplatzwahl, aber was kann eine Jugendberufsagentur bewirken, wenn es kaum etwas zu wählen gibt. Was soll man jungen Leuten raten, wenn sie sich dutzendfach erfolglos beworben haben oder noch nicht mal eine Absage bekommen haben? Ohne eine ausreichende Anzahl an zukunftsorientierten Ausbildungsplätzen kann auch eine noch so effektiv arbeitende Agentur den Ausbildungsmarkt und damit die Zukunftsaussichten für die Jugendlichen nicht nachhaltig verbessern.

Damit die geplante neue Schnittstelle zwischen Schule und Beruf im Land Bremen für die zu Vermittelnden erfolgreich sein kann, müssen alle Beteiligten der Jugendberufsagentur bereit sein, konsequent und kompromissfähig zu kooperieren sowie bisherige Methoden, Ziele und Förderkonzepte entsprechend zu modifizieren. Ferner sind noch offene Datenschutzfragen zu klären. Experten haben grundlegende Bedenken geäußert. Da kommt auf die Agentur für Arbeit, die Jugendhilfe, das Jobcenter, die Schulen ebenso viel Arbeit

Beratungen der Jugendlichen sind ein Kernbestandteil der neuen Jugendberufsagentur





Bildungskarneval

In Bremen:

1. GEW-Stunksitzung im Schlachthof

■ Am Rosenmontag hatte die GEW zur Stunksitzung eingeladen: »Wir machen Stunk gegen die Bremer Bildungspolitik«. Ein Elferrat führte durch das Programm. Musik, Kabarett, Satire, Sketche, Gedichte und andere Beiträge wurden vom Publikum begeistert aufgenommen. Unsere Bildungs- und Finanzverantwortlichen, die trotz Einladung nicht erschienen waren, wurden gewaltig auf die Schippe genommen. Inhaltlose Sprüche können wir auch machen und dann auch noch darüber lachen! Diese Veranstaltung hatte fast 2,5 Stunden großen Unterhaltungswert und hat allen Beteiligten großen Spaß gemacht. Bremen Ahoi! (Die Veranstaltung wird im Internet zur Verfügung gestellt, bitte unter www.gew-hb.de nachschauen.)

In Bremerhaven:

»Ein dreifaches »Schippe drauf«

... wir entlassen Senat und Magistrat nicht aus der Pflicht. Nach Großdemonstration, Menschenkette und gebaggerten Bildungsbausteinen steht fest: Auch der Aschermittwoch wurde in Bremerhaven schulpolitisch begangen: 7500 SchülerInnen, Eltern, Lehrkräfte und Pädagogische MitarbeiterInnen forderten erneut eine bessere Ausstattung der Schulen in der Seestadt. In einer weiteren kreativen Aktion, von Musikgruppen einzelner Schulen begleitet, wurden an den Sammelpunkten säckeweise Pappnasen eingesammelt, um sie nach Bremen an die Landesregierung weiterzureichen. Die »Pappnasen« wollen die Bremerhavener nicht länger tragen, sie benötigen mehr Lehrkräfte, eine verlässliche Vertretungsreserve, individuelle Unterstützung aller Schüler*innen, ob Sprachan-

fänger*in oder Jahrgangsbeste, Fachleute für bestimmte Unterrichtsfächer, mehr spannende Angebote im Ganztagsbereich und weitere SchulsozialarbeiterInnen. Dies alles weiß Herr Böhrnsen und hat es auch in seinem Brief bestätigt. Jetzt muss er handeln!

Grundlage des Protests ist dieser Forderungskatalog:

1. Zusätzlich 170 Stellen an Schulen schaffen (Personalmix)
2. Unterricht statt Aufbewahrung
3. Mehr qualitativ hochwertige Ganztagschulen für Bremerhaven
4. Inklusion muss bezahlt werden – keine Schuldenbremse für Bildung
5. Keine Privatisierung schulischer Aufgaben
6. 65 Stellen für die sofortige Beschulung aller Flüchtlings- und Zuwanderkinder (Personalmix!) + Absicherung der nachfolgenden inklusiven Förderung



■ **Der politische Erdbeben in Griechenland ist eine Chance nicht nur für dieses krisengeschüttelte Land, sondern auch dafür, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU grundsätzlich zu überdenken und zu korrigieren.**

Wir unterstreichen erneut die von Seiten der Gewerkschaften in den zurückliegenden Jahren vielfach geäußerte Kritik: Die entscheidenden Bedingungen, unter denen die finanziellen Hilfen für Griechenland gewährt werden, hatten von Anfang

Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa

an nicht die Bezeichnung »Reform« verdient. Die Milliarden, die nach Griechenland geflossen sind, wurden vor allem für die Stabilisierung des Finanzsektors verwendet. Gleichzeitig wurde das Land mit einer brutalen Kürzungspolitik in die tiefste Rezession und damit zugleich in die höchste Staatsverschuldung der gesamten EU getrieben. Die Folge ist eine soziale und humanitäre Krise ohne Beispiel in Europa: Ein Drittel der Bevölkerung lebt in Armut, soziale Absicherungen wurden massiv geschwächt, der Mindestlohn um 22% gesenkt, das Tarifvertragssystem und andere Schutzrechte für noch Beschäftigte demontiert, und ausgerechnet die unteren Einkommensgruppen wurden zusätzlich steuerlich belastet. Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt bei 27%, unter Jugendlichen sogar bei über 50%. Vielen Menschen fehlen ausreichende Mittel für Nahrung, Strom, Heizung und Wohnung. Ein großer Teil der Bevölkerung hat keine Krankenversicherung mehr und bekommt nur noch in Notfällen Zugang zu ärztlicher Versorgung. Das Wahlergebnis ist ein vernichtendes Urteil über diese verfehlte Politik.

Mit Reformen, die an den tatsächlichen Problemen Griechenlands ansetzen, hatte all dies nichts zu tun. Keines der strukturellen Probleme des Landes wurde gelöst, es wurden aber zusätzliche geschaffen. Es war eine Politik des Abbaus, nicht des Aufbaus. Wirkliche Strukturreformen, die diesen Namen verdienen, bahnen Wege zu neuen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Landes, anstatt eine hochqualifizierte junge Generation ins Ausland zu vertreiben. Wirkliche Strukturreformen machen ernst mit der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht. Wirkliche Strukturreformen bekämpfen Klientelpolitik und Korruption bei öffentlichen Aufträgen. Die neue griechische Regierung ist herausgefordert, ihre eigenen Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekte vorzulegen, die Teil eines »Europäischen Investitionsplanes« werden müssen, wie er seit langem von den Gewerkschaften gefordert wird, und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass derartige Projekte Früchte tragen können. Mit der neuen griechischen Regierung muss ernsthaft und ohne Erpressungsversuche verhandelt werden, um dem Land eine wirtschaftliche und soziale Perspektive jenseits der gescheiterten Austeritätspolitik zu eröffnen. Dies gilt insbesondere für die mit der bisherigen, jetzt abgewählten Regierung vereinbarten zerstörerischen Auflagen, unter denen die internationalen Kredite bislang gewährt wurden. Europa darf nicht auf der Fortsetzung einer Politik zu Lasten der Bevölkerung beharren, die von der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler unmissverständlich abgelehnt wird. Ein »Weiter so« darf es nicht geben! Die Abwahl der für die bisherige Politik in Griechenland Verantwortlichen ist eine demokratische Entscheidung, die auf europäischer Ebene respektiert werden muss. Die neue Regierung braucht eine faire Chance. Wer jetzt die Fortsetzung des bisherigen, so genannten Reformkurses verlangt, spricht faktisch der griechischen Bevölkerung das Recht auf eine demokratisch legitimierte Neuorientierung der Politik in ihrem Land ab. Und wenn hinzugefügt wird, eine solche Neuorientie-

rung sei allenfalls möglich, wenn Griechenland aus der Europäischen Währungsunion ausscheide, werden die europäischen Institutionen für unvereinbar mit demokratischen Entscheidungen in den Mitgliedsländern erklärt. So erhalten die erstarrenden nationalistischen Strömungen in Europa zusätzlichen Rückenwind.

Die vielfach beklagten, doch immer noch nicht überwundenen demokratischen Legitimationsdefizite auf europäischer Ebene dürfen nicht zusätzlich durch die Einschränkung der Demokratie in den Mitgliedsländern zementiert werden. Vielmehr muss, wie viele von uns 2012 in dem Aufruf »Europa neu begründen« hervorgehoben haben, die Demokratie auf EU-Ebene gestärkt werden, wenn dem europäischen Projekt neue Glaubwürdigkeit gegeben werden soll. Das europäische Projekt wird nicht durch Spardiktate gestärkt, sondern nur durch die demokratische Initiative von unten für wirtschaftlichen Wiederaufbau und mehr soziale Gerechtigkeit.

Diese Initiative muss jetzt im Interesse der Menschen in Griechenland unterstützt werden. Sie gibt zugleich neue Anstöße für einen politischen Kurswechsel in Europa. Der politische Umbruch in Griechenland muss zu einer Chance für ein demokratisches und soziales Europa gemacht werden!

Erstunterzeichnende:

Reiner Hoffmann, DGB

Frank Bsirske, ver.di

Robert Feiger, IG BAU

Alexander Kirchner, EVG

Michaela Rosenberger, NGG

Marlis Tepe, GEW

Michael Vassiliadis, IG BCE

Detlef Wetzels, IG Metall

Dieser Aufruf kann unter der Internet-Adresse <http://wp.europa-neu-begrunden.de/> online unterzeichnet werden.



**Buchtipps
März/April 2015**

**Zusammengestellt
von
Ingrid Emmenecker**

Ein alarmierende Fazit

Michael Hartmann

**Soziale Ungleichheit
Kein Thema für die Eliten?**

Campus Verlag, Frankfurt 2013, 19,90 €



Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung steht den Eliten wegen der Skandale der letzten Jahre (Steuerhinterziehung, überhöhte Jahreseinkommen, Boni),

immer skeptischer gegenüber und befürchtet zugleich eine weiter zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft. Die regelmäßigen Meinungsumfragen sind eindeutig: Politiker und Banker rangieren mittlerweile zusammen mit den Fernsehmoderatoren auf den letzten Plätzen, wenn es um das Ansehen von Berufen geht. Der Eliteforscher Hartmann stellt in diesem Buch dar, wie die tausend mächtigsten Deutschen über die soziale Ungleichheit im Land über die Ursachen der Finanzkrise denken. Dabei zeigt sich, dass viele der Befragten im Unterschied zur Bevölkerung die herrschenden Verhältnisse als gerecht empfinden. Das Buch präsentiert die Ergebnisse einer aktuellen Erhebung, die die Spitzenpositionen aus den wichtigsten Bereichen der Gesellschaft umfasst. Die immer stärkere Orientierung der Politik an den Interessen der Wirtschaft und der reichen Deutschen – so das alarmierende Fazit – droht die Demokratie auszuhöhlen.

Bist du Erbe oder nicht?

Julia Friedrichs

Wir Erben

Was Geld mit Menschen macht

berlin-Verlag, Berlin 2015, 19,99 €



Ganz gleich, wie alt sie sind: 30, 40 oder 50: Sie werden alle Erben sein; von großen, mittleren, kleinen oder keinen Vermögen. In der Öffentlichkeit ist das Thema

eine Randerscheinung, was verwunderlich ist, denn das nächste Jahrzehnt wird eine Dekade der Erben sein: Die Nachkriegsgeneration ist dabei, ihren Besitz weiterzugeben:

250 Milliarden € werden Jahr für Jahr vererbt werden, 2,5 Billionen € in einem Jahrzehnt. Was bedeutet das? fragt die Journalistin in ihrem Buch. Es war schwer, Erben zu finden, die über ihr Vermögen sprechen. Vielleicht nicht erstaunlich, denn die reichere Hälfte der Bevölkerung besitzt 99% des Vermögens, die ärmere nur 1%. Warum wird darüber nicht debattiert? Bedroht der Vermögenstransfer der nächsten Jahre unser Verständnis von Demokratie, unsere Grundüberzeugung, dass wer fleißig und ideenreich ist, es auch zu Wohlstand bringt? Interessante Gespräche mit sehr unterschiedlichen Menschen. Und: Was wird die nächste Generation mit dem Erbe anfangen? Wie werden sie sich durch das Geld verändern? Und wie das Land?

Was ist nur mit unseren Kindern los?

Franz Joseph Freisleder mit

Harald Hordych

Anders als die Anderen

Was die Seele unserer Kinder krank macht

Piper-Verlag, München 2014, 22,99 €



Was kann man tun, wenn der Sohn ununterbrochen vorm Computer hockt oder die Tochter sich auf Modelmaße hungert? Sind sie

alle irgendwie krank, leiden an ADHS, ADS, Leistungsschwäche, Konzentrationschwierigkeiten, Hochbegabung oder Niedrigreizschwelle? Oft sind Eltern durch Antworten der Pädagogen, Jugendforscher, Hausärzte, Psychologen nur noch verwirrt. Das Buch des Fachmanns (er ist ärztlicher Direktor einer Klinik für Jugendpsychiatrie in München) verbindet Seriosität mit einer bewegenden Schilderung von Fallbeispielen. Gemeinsam mit dem Journalisten Harald Hordych von der Süddeutschen Zeitung hat er Schlüsselfälle entwickelt, die zeigen, worauf es im Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten und psychischen Störungen ankommt. Seine Botschaft an die Eltern: Jedes erkrankte Kind hat eine Chance – wenn man gemeinsam mit ihm kämpft und ihm hilft, wann immer es Hilfe braucht.

So wird das nichts!

Karen Duve

Warum die Sache schiefeht

Wie Egoisten, Hohlköpfe und Psychopathen uns um die Zukunft bringen

Verlag Galiani, Berlin 2014, 12,00 €



Karen Duve ist überzeugt: Wir stehen näher am globalen Kollaps als die meisten glauben. Weiteres Wirtschaftswachstum wird in den nächsten Jahren vielleicht

noch zu mehr Wohlstand führen, längerfristig aber nur zu mehr Müll, mehr Hunger, mehr Tornados, mehr Dürrekatastrophen und mehr Überschwemmungen.

Das ist der Entscheidungsradius: Überleben ODER Beibehaltung des jetzigen Lebensstils. Schade nur, meint die Autorin, dass in Politik und Wirtschaft immer noch meist diejenigen das Sagen haben, die am allerwenigstens dazu geeignet sind. In ihre Positionen sind die gekommen, weil sie Eigenschaften besitzen, die sich bei genauerer Betrachtung auch für eine Verbrecherlaufbahn eignen: Knallhartes Durchsetzungsvermögen, Risikobereitschaft, Selbstvertrauen und unbegrenzte Einsatzbereitschaft. Nette, verantwortungsvolle und sozial funktionierende Menschen schaffen es meist gar nicht erst bis in die Führungsetagen. Karen Duve bietet keine Lösungen an. Sie wettet und polemisiert Die »Frankfurter Neue Presse« schrieb: »Doch wer eine Bresche in den Urwald schlagen will, wäre schlecht beraten, mit der Nähnaedel statt mit der Machete zu operieren. Zumal, wenn es ums Überleben geht.«

Jan Weiler

Kühn hat zu tun

Rowohlt, Reinbek 2015, 19,90 €

Nach seinem Bestseller »Das Pubertier« legt der Schriftsteller und Journalist nun den Roman »Kühn hat zu tun« vor. Martin Kühn ist 44, verheiratet und hat zwei Kinder. Die Familie wohnt auf der Weberhöhe, einer Neubausiedlung nahe München. Im zweiten Weltkrieg stand dort mal eine Munitionsfabrik. Aber was es damit auf sich hatte, weiß Kühn nicht genau. Es gibt überhaupt viel, was er nicht weiß: zum Beispiel, warum von seinem Gehalt als Polizist nach allen Abzügen ein verschwindend geringer Betrag zum Leben bleibt. Wieso sich alle Frauen Pferde wünschen. Warum er jeden Mörder zum



Sprechen bewegen kann, aber der eigene Sohn nicht mal zwei Sätze mit ihm wechselt. Welches Geheimnis er vor sich selber verbirgt. Und vor allem, warum sein Kopf immer so voll ist. Da

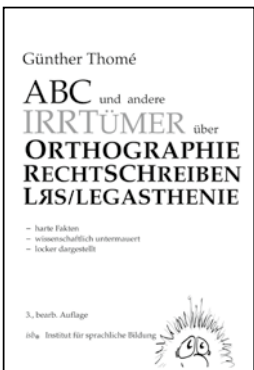
wird ein alter Mann erstochen aufgefunden. Das Opfer liegt gleich hinter Kühns Karten in der Böschung. Und Kühn hat plötzlich sehr viel zu tun.

Kritik der gängigen Rechtschreibdidaktik:

Günther Thomé

ABC und andere Irrtümer über Orthographie, Rechtschreiben, LRS/Legasthenie

isb-Verlag, Oldenburg 2014, 9,80 €



Rechtschreibunterricht gilt gemeinhin als simple Angelegenheit. Diese Überzeugung hält G. Thomé für einen jener Irrtümer, die dazu

führen, dass viele Schüler an den Hürden der deutschen Orthographie scheitern. Die Komplexität des Gegenstandes zeige sich schon daran, dass die 40 Phoneme der deutschen Sprache mit dem wesentlich kleineren Zeicheninventar des Alphabets verschriftet würden. Die sich daraus ergebenden Probleme erläutert der Autor anschaulich am Beispiel der 16 Einzelvokale des Deutschen. Hier stifte die -im Deutschunterricht übliche- Verwechslung der Vokalzeichen mit den Vokalen bei vielen Kindern Verwirrung. So macht der Autor exemplarisch deutlich, um Rechtschreibung angemessen zu unterrichten. Leider wissen sie es in der Regel nicht. Warum? Thomé nennt einen zentralen Grund: Die Rechtschreibdidaktik führe in Germanistikfachbereichen ein Schattendasein, angehende Gymnasiallehrer etwa lernten wenig bis nichts darüber. Auch deshalb hielten sich in der Schulpraxis empirisch längst widerlegte Thesen – etwa, das Silbieren sei der Königsweg zur richtigen Schreibung,

oder, man lerne Schreiben durch Lesen. Aber auch die häufig miserablen Schulbücher trügen das ihre zur einschlägigen Misere bei. Neben diesen überzeugenden Thesen finden sich einige plakative Behauptungen, denen man nicht umstandslos folgen mag. So überrascht, dass derselbe Autor, der mit guten Argumenten dafür plädiert, Kindern die Zuordnung von Graphemen und Phonemen explizit zu erklären, gegen die unterrichtliche Explikation von Rechtschreibregeln polemisiert. Auch die scharfe Kritik am Diktat greift zu kurz, da sie vor allem auf die Folgen und Probleme von dessen Benotung hinweist, was eher die schulische Leistungsbewertung in Frage stellt. Aber bei allen Einwänden im Detail: Der schmale Band könnte dazu beitragen, eine längst überfällige Debatte über die gängige Rechtschreibdidaktik auszulösen. Sönke Landt

Neues aus der

Legasthenieforschung:

G. Schulte-Körne, G.Thomé (Hrsg.):

Legasthenie-LRS: interdisziplinär

isb-Verlag, Oldenburg 2014, 18,80 €



Wer von dem Band eine systematische Bestimmung des Phänomens (oder der Phänomene, schon das ist umstritten) LRS/Legasthenie aus interdi-

ziplinärer Sicht erwartet, wird womöglich enttäuscht sein. Insbesondere wird die für die Begrifflichkeit wesentliche Debatte, ob es sich bei schweren Problemen mit dem Lesen oder Schreiben um eine »Krankheit«, eine »Störung« oder eben nur um »Schwierigkeiten« handelt, eher gestreift als gründlich diskutiert. Dafür werden sehr unterschiedliche Aspekte des Themas beleuchtet, darunter bislang wenig untersuchte, aber sehr praxisrelevante, wie etwa die Auswirkungen von Lese-Rechtschreib-Schwierigkeiten im Englischunterricht. Für viele Leser dürfte auch die Erkenntnis neu sein, dass Lese- und Rechtschreibschwächen häufig getrennt auftreten. Im Hinblick auf Diagnostik und Förderung bzw. Therapie erfährt der Leser den derzeitigen Forschungsstand. Besonders wichtig scheint hier der empirische Nachweis, dass nur solche Therapien wirksam sind, die gezielt an den spezifischen Rechtschreibproblemen der Kinder ansetzen. Neuere diag-

nostische Verfahren, die dafür die Grundlage bilden, werden vorgestellt. Für die schulische Arbeit ist die Feststellung interessant, dass der Umgang mit förderdiagnostischen Instrumenten fundiertere sprachwissenschaftliche Kenntnisse erfordert, als sie Deutschlehrer in der Regel besitzen. Die einschlägige Weiterbildung könnte der Band befördern.

Sönke Landt

Alle reden von Kompetenz...

G. Graf (Hg.):

Theorie und Praxis des kompetenzorientierten Deutschunterrichts,

Schneider Verlag Hohengehren, Baltmansweiler 2014, 13,00 €

Der Herausgeber G. Graf entwickelt seine Kritik am derzeitigen Mainstream der Deutschdidaktik ausgehend von dem Nachweis, dass die Inflationierung des Kompetenzbegriffs nicht zu dessen semantischer Klärung geführt habe. So gerate der viel beschworene Paradigmenwechsel zur Augenwischerei, letztlich würden die alten Lernzielkonzepte qua Outputorientierung eher noch radikalisiert als Kompetenzen im emphatischen Sinn gefördert. Gegen diesen technokratisch verkürzten Kompetenzbegriff setzt Graf einen, der eine ganzheitliche Ausbildung der Fähigkeiten des (Schüler-) Subjekts im Blick hat. Überzeugend geraten v.a. die Überlegungen zur Sprach- und Schreibkompetenz, zumal die Autoren sehr taugliche Unterrichtsbeispiele vorstellen. Bei den Ideen zur Literaturdidaktik hat man allerdings den Eindruck, dass sich die produktionsorientierten Vorschläge der Autoren doch weniger vom Mainstream unterscheiden, als der kritische Anspruch des Buches vermuten lässt.

Sönke Landt

Unterrichtsmaterial zum Freihandelsabkommen

Dieses Unterrichtsmaterial kann von der Homepage des Hauptvorstandes heruntergeladen werden:

http://www.gew.de/Binaries/Binary121483/Unterrichtsmaterial_TTIP_druck_Neu.pdf



In Papierform ist es auch über die Geschäftsstelle Bremen zu bestellen.





Coach dich doch selbst

■ 10.2. im WK zur Wahl: »Man kann auch mit wenig Geld viel verbessern« (von Ilsemann, ehemalige Leiterin der Abteilung Bildung!). Kein Tip für die Griechen, sondern für Lehrkräfte in Bremen! Dann mal ran, billig ist z.B. das in der Zeitschrift Pädagogik, Nr.1/15, angepriesene Selbstcoaching. Im Vorwort empfohlen von, echt, Dr. Schnack! Habt ihr Probleme? Ihr müsst euch fragen, was ihr tut, um ein Problem zu bekommen. Das ist der systemische Ansatz. Wie das geht? Ihr löst den Konflikt durch paradoxe Intervention, eine Systemverschreibung! Dabei spielt eine große Rolle die positive Lehrerpower, die ihr bekommt, wenn ihr alle

Erwartungen an die Stunde fallen lasst. Auch Humor wirkt, wie im Unterricht zu äußern: »Du meine Güte, was hatte ich mir denn dabei gedacht«!! Das löst die Stimmung, und wenn es hakt, dann mach dir Moderationskarten für die Phasenübergänge im Unterricht. Ladet die Schüler in eine lösungsorientierte Haltung ein mit einem Cover All Bases Ansatz! Wenn der Schüler Unmut und Desinteresse äußert, sagst du: »Das ist okay«, das wirkt dann paradox! Und du umgehst damit typische Widerstände eines Autonomie-Abhängigkeitskonfliktes. Denn die Cover All Bases Strategie heißt verschiedene Anliegen der Einzelnen wertschätzend einzubinden. Also du sagst: »Auch wenn vielleicht manche noch Zweifel an dem Sinn des Themas haben oder andere möglicherweise noch müde sind, so könnte es ja sein, dass der eine oder andere doch immer mehr Zuversicht in das eigene Können entwickelt oder dass es ihm sogar Spaß macht und er überrascht ist, wie gut das alles geklappt hat.

Oder es passiert etwas ganz anderes, aber auch das ist ok...« Dieses Wording ist der integrativen Suggestion aus dem NLP entlehnt. Und vor der Stunde begibst du dich in den positiven Ressourcenzustand, in das Priming, das Vorreizen der Aufmerksamkeit, in ein Flowgefühl im Spannungsfeld von Langeweile und Angst. Und im Zeitmanagement machst du das, was für dich möglich ist! Und wenn du dich über das Verhalten einer Schülerin ärgerst? Dann bist du schlau und begibst dich nicht in das Dramadreeck von Täter-Opfer-Retter, du sagst: »Ich bewundere sie dafür, dass sie es so durchziehen und unbeirrt ihren Weg gehen«! Das ist wertschätzend.

Fazit: Wenn du das alles berücksichtigst, dann ist **dein Gelenkstellenmanagement als Teil des Classroommanagements sehr gut gelungen, weil es die Strukturelemente des Unterrichts als Cover All Bases Ansatz transparent macht.**

Noch irgendwelche Fragen?

Wilfried Meyer



Leserbriefe

»Das neue Fach Religion« (BLZ 11-12/2014)

■ Im Artikel zum neuen Fach Religion heißt es: »Die Dialogorientierung könnte man als das herausragende Merkmal des neuen Bildungsplanes bezeichnen«. Ich denke, ein wirklicher Dialog gerade bei dem sensiblen Thema Religionen lebt davon, dass er respektvoll und gleichberechtigt auf Augenhöhe geführt wird. In diesem Zusammenhang ist es für eine wirkliche Dialogorientierung in unseren Schulen schon von Bedeutung, wie wir damit umgehen, dass die muslimischen Gemeinschaften in Bremen dieses Fach Religion nicht unterstützen.

Nach unserer Landesverfassung soll der Unterricht auf allgemein christlicher Grundlage stattfinden. Diese Regelung war 1949 sehr fortschrittlich. Mir scheint allerdings, dass sie heute nicht eine wirklich gleichberechtigte Grundlage für alle Religionen darstellt. Dies gilt auch für den neuen Bildungsplan. So heißt es in der verfassungsrechtlichen Bewertung durch den Senator für Justiz und Verfassung vom 27. Mai 2014: »Der Bildungsplan bezieht zwar andere Religionen (v.a. Islam und Judentum) durchaus breit ein, betont aber auf S. 4 f die »besondere Bedeutung« des Christentums. Dies stellt eine ausreichende »christliche Grundlage« sicher«.

Ich kann nachvollziehen, dass muslimische Gemeinschaften nicht die Auffassung der Bildungsbehörde teilen, dass der Islam auf allgemein christlicher Grundlage wirklich

gleichberechtigt mit den christlichen Religionen unterrichtet wird. Ich kann also die ablehnende Haltung der bremischen moslemischen Gemeinden zum neuen Fach Religion nicht nur verstehen, sondern ich finde sie richtig und konsequent. Nach Landesverfassung und Schulgesetz entscheiden die Eltern über die Teilnahme am Religionsunterricht. So wird es wahrscheinlich zur Aufteilung in jeder Klasse zwischen den Fächern Religion und Philosophie kommen. Das wäre schade. Ich habe bisher gute Erfahrungen in meiner Klasse mit dem gemeinsamen Philosophieunterricht gemacht. Hier fand ein gemeinsamer Dialog über Werte und auch über Religionen im gesamten Klassenverband statt.

Christiane Woltersdorff

Für Segelfahrten in Holland schauen Sie ...



www.segeln.nl

Für Klubs, Schul / Jugendgruppen,
Incentives oder Einzelteilnehmer

REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND

Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST
tel. 0031 - 515 - 531485
fax 0031 - 515 - 532630

»Wahrheit«

»Wenn alles, was man sagt, wahr sein muß, so ist darum nicht auch Pflicht, alle Wahrheit öffentlich zu sagen.«

Immanuel Kant

»Liebe«

»Dass Frauen für die Liebe und Männer für die Arbeit leben, ist eine Binsenweisheit.«

Shulamit Firestone

belladonna

www.belladonna-bremen.de
März/April 2015

22.03.2015, 15-17:00 Uhr, »Nach

25 Jahren Mauerfall – Frauenbewegung in Ost und West«.

Die aktuelle Ausstellung »Wir müssen schreien, sonst hört man uns nicht – Frauenwiderstand in der DDR der 1980er Jahre« im belladonna ist der Ausgangspunkt dieses Erzählcafés. Die Veranstaltung ist offen für alle Interessierten. Eintritt: Spende erwünscht.

18.04.2015, von 10–18:00 Uhr, Seminar »Mit Spaß akquirieren – Tools für die Kreativbranche« mit Anke Tielker, Ort: belladonna, maximal 14 Frauen, Anmeldung schriftlich und verbindlich.

20.04.2015, 19:00 Uhr, Wilhelm-Wagenfeld-Haus, Am Wall 209: »Art & Business: Künstlerische Freiheit vs. Markt?«. Vortrag mit Podiumsdiskussion. Offen für alle Interessierten, Eintritt frei.

22.04.2015, 19:30 Uhr, »Netze knüpfen«. Erfahrungsaustausch für Existenzgründerinnen seit 12 Jahren. Mit Gabriela Meyer zum Thema: »Business Knigge«. Eintritt frei.

30.04.2015, 18:00 Uhr, »Dual«. Film von Nejc Gazvoda, Slowenien 2013, City 46, Bahnhofstraße 28 - 31. Der Film ist ein lesbischer Liebesfilm für Frauen.

Info: Tel.: 0421-703534.

AWB

Für Ihre BLZ-Anzeigen:
»Anzeigen Werbung Berghorn«
Tel.: 0421-4919033 Info unter:
www.awb-bremen.de

»Bundestreffen lesbischer Lehrerinnen«

Vom 14.-17.05.2015
findet es in der Akademie
Waldschlösschen in
Rheinhausen bei Göttingen
statt.

Info und Anmeldung:
www.waldschloesschen.org

»Johannes Bobrowski (1917 – 1965) – ein deut- scher Dichter.«

Versuch, einen fast
Vergessenen zurückzuholen:
Dr. Peter Zimmermann,
6 Abende ab 03.06.2015,
mittwochs 18- 19:30 Uhr,
Rosenak-Haus, Kolping-
str. 6, 28195 Bremen.

»Vom Bremer Ruderer zum NS-Wehrwirtschaftsführer bei Blohm & Voss. Eine Spurensuche.«

16.04.2015, 19:00 Uhr, Haus der Wissenschaft, Sandstraße 4/5.
Vortrag von Dr. Susanne Schunter-Kleemann über einen leitenden Schiffbaudirektor dieser Hamburger Rüstungswerft
Info: schunter@fbw.hs-bremen.de.



Moks und Theaterpädagogik

01.04.2015, 19:00 Uhr, »Zwei Wochen
vor der Premiere: Ich rufe meine Brüder«.
Im MOKS.

18.04.2015, 20:00 Uhr, »Ich rufe meine
Brüder«. weitere Termine: 20.04.2015,
10:30 Uhr,

21.04.2015, 10:30 Uhr,

27.04.2015, 10:30 Uhr,

28.04.2015, 10:30 Uhr,

29.04.2015, 10:30 Uhr,

30.04.2015, 10:30 Uhr,

26.04.2015, 11:00 Uhr, »Wo stept der Bär – Tiere in der

Musik«, 5+, Kinder- und Schulkonzert, Schulvorstellungen:
am 27.04.2015 um 9:30 Uhr und 11:15 Uhr jeweils im Theater
am Goetheplatz.

Junge Akteure:

11.04.2015, 20:00 Uhr, »Kinder!Soldaten«, jetzt im Kleinen
Haus, auch am 12.04.2015, 15:00 Uhr.

11.04.2015, 19:00 Uhr, »Junge, Junge«, Tanztheaterprojekt,
auch am 12.04.2015, 19:00 Uhr, jeweils im Brauhauskeller.

Theaterpädagogik:

14.04.2015, 17 - 19:00 Uhr, »Jour Fixe – Spielpraktische
Fortbildung«, Treffpunkt Kleines Haus, Eintritt frei, bitte
bequeme Kleidung mitbringen.



»Die Shakespeare-Company«

21.03.2015, 19:30 Uhr, »König Lear«, von
William Shakespeare. Einführung um 19:00
Uhr.

22.03.2015, 18:00 Uhr, »Der Kaufmann von
Venedig«. Einführung um 17:30 Uhr.

23.03.2015, 19:30 Uhr,
»Schachnovelle«, öffentliche Probe.

27.03.2015, 19:30 Uhr, »Romeo und Julia«.

28.03.2015, 19:30 Uhr, »Maria Stuart«.

29.03.2015, 19:30 Uhr, Stückwerk stellt vor: »Manche
Liebesgeschichten enden mit Flecken an den Wänden«.

Szenische Lesung mit Texten von Friedhelm Kändler.

02.04.2015, 19:30 Uhr, »König Lear«, von William
Shakespeare. Einführung um 19:00 Uhr.

04.04.2015, 19:30 Uhr, »Ein Sommernachtstraum«.

05.04.2015, 19:30 Uhr, »Maria Stuart«.

10.04.2015, 19:30 Uhr, »WasserGeräusch«. Mit
Publikumsgespräch.

11.04.2015, 19:30 Uhr, »König Lear«, von William
Shakespeare. Einführung um 19:00 Uhr.

13.04.2015, 20:00 Uhr, »Songs & Whispers«, im Falstaff.

16.04.2015, 19:30 Uhr, »Wie es Euch gefällt«, Premiere.

17.04.2015, 19:30 Uhr, »Maria Stuart«.

18.04.2015, 19:30 Uhr, »Wie es Euch gefällt«.

20.04.2015, 19:30 Uhr, Stückwerk stellt vor: »Zwei
Theaterstücke aus: Machtspiele«. Neue Stücke aus Rumänien
mit Einführung der Herausgeberin.

22.04.2015, 19:30 Uhr, »Romeo und Julia«.

23.04.2015, 19:30 Uhr, »Wie es Euch gefällt«. Mit Einführung
um 19:00 Uhr.

24.04.2015, 19:30 Uhr, »Viel Lärm um nichts«. Mit
Einführung um 19:00 Uhr.

25.04.2015, 19:30 Uhr, »Perikles«. Mit Einführung um 19:00

26.04.2015, 19:30 Uhr, »Bestie Mensch«.

28.04.2015, 19:30 Uhr, »Gackern und grunzen«. Premiere.
Theaterschüler der OS Leibnizplatz.

29.04.2015, 10:00 Uhr, »Gackern und grunzen«.

Theaterschüler der OS Leibnizplatz.

30.04.2015, 19:30 Uhr, »Schachnovelle«. Premiere. Danach
Tanz in den Mai im Falstaff. Info: Tel.: 0421-500333.

Inklusive Schule – und jetzt?

Wie geht es weiter mit der Inklusion in Bremen?
Mittwoch, den 15. April 2015 um 19:00 Uhr
im Konsul-Hackfeld-Haus

Erster Mai 2015: GEW-FRÜHSTÜCK

Ab 9 Uhr| Bürgerhaus Weserterrassen,
danach Sammeln für die 1. Mai-Demo
Bitte anmelden bis zum Dienstag 28. April 2015

GEW Landesvorstand Bremen · Bahnhofplatz 22-28 · 28195 Bremen
Postvertriebsstück · ZKZ 70871 DPAG · Entgelt bezahlt



Stadtverband Bremen

April

13.04.2015 (nicht nur) Junge GEW Bremen, 19.00 Uhr,
Kaf« Lagerhaus, Schildstr.12-19

16.04.2015 Inklusive Schule & Sonderpädagogik, 17.00 Uhr,
GEW Geschäftsstelle

28.04.2015 AK Berufsbildende Schulen, 19.00-21.00 Uhr,
GEW Geschäftsstelle Bremen

Mai

12.05.2015 Arbeitsgruppe der Seniorinnen und Senioren,
10.00 Uhr, Haus der Niederdeutschen Sprache, Schnoor

14.05.2015 Päd. Mitarbeiterinnen, 17.00 Uhr, Personalrat Schulen

26.05.2015 AK Berufsbildende Schulen, 19.00-21.00 Uhr,
GEW Geschäftsstelle Bremen

Titel: Besetzung des Akademischen Senats

Foto: AStA

Seminare

Zwischen Baum und Borke – gestalten in der Schulleitung

Mit dem Seminar wollen wir systematische Belastungen und daraus resultierende Beanspruchungen erfassen, reflektieren, uns austauschen und mögliche Handlungsstrategien im Alltag der Schulleitungsmitglieder erarbeiten.

Donnerstag 16.04.2015, 9-16 Uhr, Bremen,
Gertrudenhof www.gertrudenhof-bremen.de
Leitung: Prof. Dr. Hans-Georg Schönwälder,
Helmut Zachau, kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder 40 €)

Oberschulen und Gymnasien: die Säulen und wir – Seminar (nicht nur) für Vertrauensleute

In dem ganztägigen Seminar wollen wir schulische Aufgaben, deren Sinn und daraus resultierende Folgen erfassen, reflektieren, uns austauschen und mögliche Handlungsstrategien im Alltag erarbeiten. Für das Seminar kann Unterrichtsbefreiung beantragt werden.

Dienstag 21.04.2015, 9-16 Uhr, Bremen,
DGB-Haus, Bahnhofplatz 22-28
Leitung: Frank Hasenbein, Petra Lichtenberg
kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder 20 €)

Pädagogische Mitarbeiter_in in der Schule 1: Was darf ich – was muss ich?

Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Pädagogische Mitarbeiter_innen (PM) an Schulen? Wie sieht die Zusammenarbeit und Abgrenzung mit/zu den Lehrer_innen aus? In Kooperation mit Arbeit und Leben Bremen e.V.

Dienstag 21.04.2015, 9-16 Uhr, Bremen,
DGB-Haus, Bahnhofplatz 22-28
Leitung: Hajo Kuckero, kostenlos für
GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder 15 €)

Geschichte der GEW Bremen

2016 wird die GEW Bremen 70 Jahren alt. In diesem Seminar sollen Entwicklungslinien der Selbstorganisation von PädagogInnen herausgearbeitet werden, z.B. der Wandel vom Lehrerverein zur Gewerkschaft.
Samstag 25.04.2015, 10-17 Uhr, Bremen,
DGB-Haus, Bahnhofplatz 22-28
Leitung: Jürgen Burger, kostenlos für
GEW-Mitglieder incl. Verpfl. (Nicht-Mitgl. 20€)

Seminar für pädagogische Mitarbeiter_innen/Bremerhaven

Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Pädagogische Mitarbeiter_innen an Schulen?

Wie sieht die Zusammenarbeit und Abgrenzung mit/zu den Lehrer_innen aus? In Kooperation mit Arbeit und Leben Bremerhaven e.V.
Dienstag 28.04.2015, 9-16 Uhr, Gewerkschaftshaus, Hinr.-Schmalfeldt-Str. 31b
Leitung: Ima Drolshagen, Frank Hasenbein,
Mitglieder des PR-Schulen, kostenlos für
GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder 20 €)

Baustelle kaufmännische Schulen

Die berufsbildenden Schulen in Bremen erbringen im Bundesvergleich sehr gute Ergebnisse. Gefährdet die aktuelle Bildungspolitik die Aufrechterhaltung dieses hohen Standards? Das weiterführende System der Berufsbildung ändert sich nach der Neuordnung der Berufsfachschulen. Welche Chancen haben zukünftig die Jugendlichen mit dem Abschluss der Berufsbildungsreife? Welche neuen Erfahrungen haben wir mit der Inklusion? Welche Auswirkungen hat die Neugestaltung des allgemeinbildenden Schulsystems auf die Berufsbildung?

Fr. 08.05.2015, 16 Uhr - Sa. 09.05.2015, 16 Uhr
Bad Zwischenahn, Bildungsstätte Bad Zwischenahn, Leitung: Karsten Krüger,
Kostenanteil: 20 € incl. Ü/V (Nicht-Mitglieder 80 €)